8838 III

GESCHICHTLICHER GRUNDRISS DEUTSCH-POLNISCHER BEZIEHUNGEN

Opracowanie w wydaniu władz okupacyjnych?

Autor.?

Geschichtlicher Grundris
Deutsch - Polnischer Beziehungen .

Der pölnisch-deutsche Zwist wird in der Regel von Otto I., Heinrich dem Vogelfänger, dem Markgrafen Gero, kurz, von der Zeit jener ersten Expansion abgeleitet, welche das deutsche, in seinen Grenzen zu wenig Raum findende Element stets, im Laufe der Jahrhunderte, in östlicher Richtung aufwies.

Der sogenannte "Drang nach Osten" war - in dieser Epoche unbeendeter teritorialer Völkeransiedlung - als natürlicher Ausdruck potentieller Energie und angeborener Spannkraft zu betrachten.

Damaliger Kampf war einfach ein Ringen, noch hochgradig amorpher und flüssiger Menschenhaufen. Neue Gebiete wurden von kräftigeren, geschlosseneren und mit einem leidlichen Fortschritt der Kriegstechnik vertrauten Stämmen erobert. In dieser Periode wichen die an der Oder und Elbe ansässigen slavischen Stämme nur deshalb vor germanischem Drucke stufenweise zurück, weil sie weniger kriegerisch als die Deutschen veranlagt waren.

Der Kampf und insbesondere der Angriff lag nicht in ihrer Eigenart. Das Gelüste nach Boden und Eigentum der Nachbarn war ihnen fremd. Es ist daher kein Wunder, dass die Urformen des sich endlich organisierenden polnischen Staates vollbrachte Tatsachen vorfanden.

Die Deutschen drangen immer weiter in die Gebiete der Lausitzer, der an der Oder ansässigen Slaven und der Preussen vor und gelangen folglich bis an die Grenzen des bereits einigermassen beständigen Besitzstandes der zwar noch

D 1949 nr 3332
Bibl. Jag.

in einzelne Stämme der Pommer, Mazuren, Grosspolen, Schlesier usw. geteilten Polen. In diesem Augenblick musste der Streit entschieden kommen.

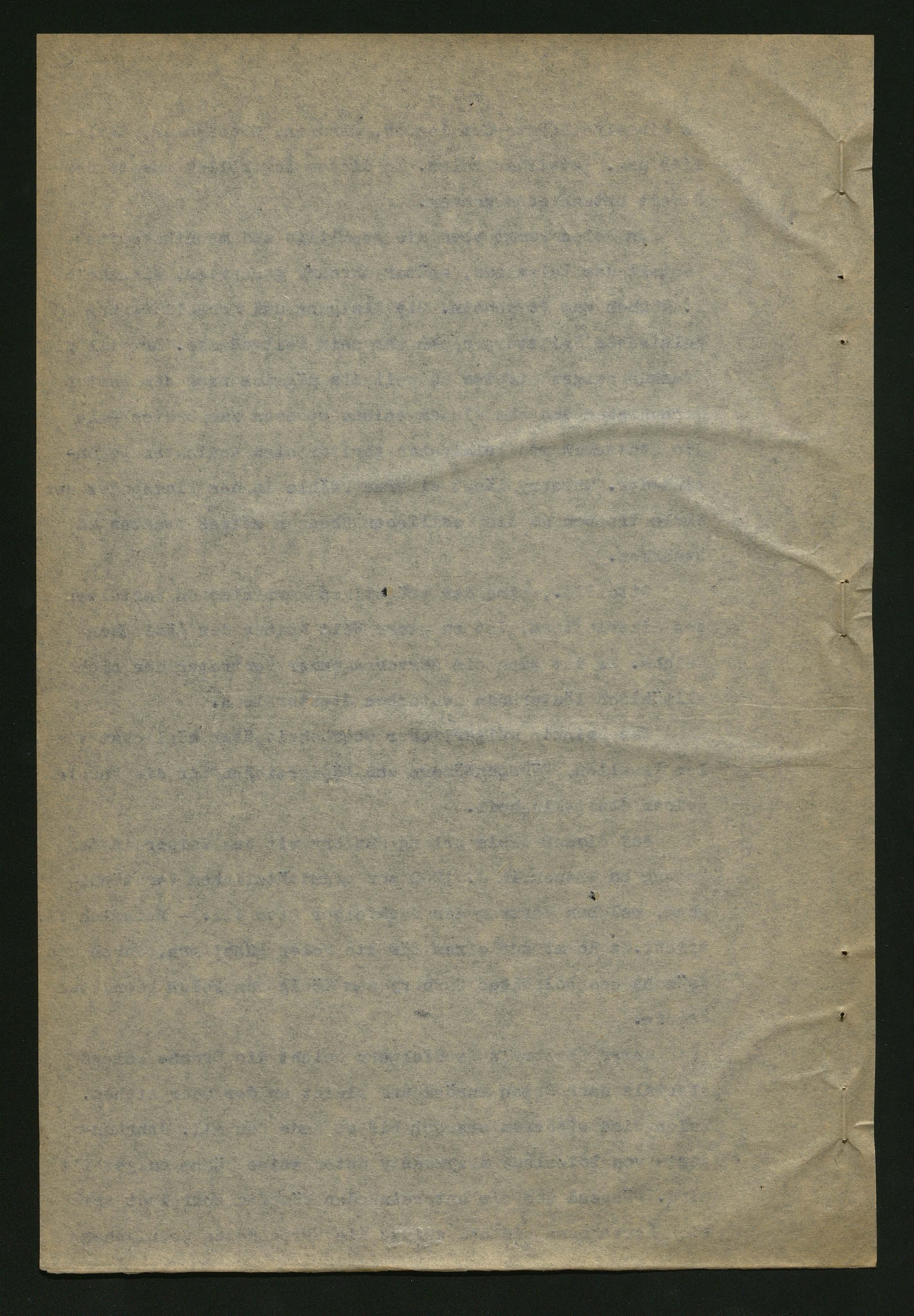
In Polen kommt eben die gewaltige und machthaberische Gestalt des Boleslaus, später Chrobry genannten, Mieszko's I. Sohnes zum Verschein. Die Einigung und Konsolidierung polnischer Splittergruppen war sein Leitgedanke. Er will die Grenzen seines Staates so weit als möglich nach dem Westen verschieben und aus diesem Anlass stossen zum ersten Male die deutschen und polnischen teritorialen Absichten gegeneinander. Chrobry lässt eiserne Pfähle in den Flussboden der Saale treiben um die westlichen Grenzen seines Staates zu bemarken.

Otto III., eine der prächtigen germanischen Gestalten des Mittelalters, ist zu jener Zeit Kaiser des Römischen Reichs. Er ist auch ein hervorragender Vertreter der sich allmählich läuternden deutschen Staatsraison.

Das Prinzip kaiserlicher Oberhoheit über möglichst vielen Vasallen, Fürstentümern und Königreichen war die Parole seiner Staatsklugheit.

Auf dieser Basis gelang Chrobry mit dem Kaiser in der Tagung zu Gnesen im J. 1000 zur grundsätzlichen Verständigung, welchen Vertrag der Nachfolger Otto III. - Heinrich II. bricht. Es kommt zur einem für die Polen günstigen, durch die Krönung des Boleslaus Chrobry zum König von Polen beendeten Kampfe.

Unter Chrobry's Nachfolgern weicht die Grenze Polens abermals nach Osten zurück und bleibt an der Oder stehen. Polen wird wiederum schwach bis es Ende des XII. Jahrhunderts von Boleslaus Krzywousty unter seine Söhne aufgeteilt wird. Während dem sie untereinander kämpfen schreitet Friedrich Barbarossa ein und zwingt die verfehdeten polnischen



Fürsten seine Oberhoheit anzuerkennen und Schlesien an eine dem Kaiser freundlich gesinnte Piastenlinie abzutreten. Chrobry's und Boleslaus Krzywousty's Kriege sind im Laufe mehrerer Jahrhunderte fast die einzigen polnisch-deutschen Feindseligkeiten.

Die Kaiser sind Politiker grossen Stils. Sie schwärmen für einen Universalstaat, in welchem aber geringere Staatsorganismen hätten bestehen können. Heutzutage würde man es als "Neugestaltung Europas" bezeichnen. Anno dazumal war die politische Nomenklatur weder so durchgebildet noch so feinsinnig.

Die Absichten der Kaiser waren in der Tat aller Denationalisierung fremd. Die römischen Kaiser wollten bloss Oberschiedsrichter der Welt sein. Überall wo sie mit Gewalt vorgehen, sei es im Westen oder im Süden, tun sie es mit der Absicht ihre O b e r h o h e i t durchzusetzen. Der Wille deutsche Herrschgewalt anderen Völkern aufzuzwingen macht sich hier nicht geltend. Die Expansion der Deutschen geht auf einem anderen, viel edleren und durchaus friedlichen Wege vor sich.

Das Übermass der Bevölkerung Deutschlands, welches damals schon Neigung zur Durchdringung der Nachbargebiete verriet, gibt den benachbarten Ländern Vorkämpfer des Handels, des Handwerks und der Kultur. In dieser Eigenschaft dringt es, dem ausdrücklichen Wunsche und Willen der polnischen Fürsten und Oligarchen gemäss, während zumindest drei Jahrhunderten auch in Polen ein, wo es für seine Betriebsamkeit ein geräumiges, dankbares und schöpferisches Wirkungsbereich findet.

Deutsche Städter bevölkern grössere städtische Siedlungen, deren wirtschaftliches Niveau sich unter ihrer Mit-

arbeit hebt. Die polnischen Insassen wirken gerne mit den Deutschen mit. Juden sind noch fast keine da. Eine derartige Ordnung ruft grundsätzlich keine nationalen Reibungen hervor.

Von politischen Kämpfen mit dem Kaiserreich ist eigentlich keine Rede. Die Deutschen finden unter den Polen ihre in kultureller Hinsicht ehrenvolle Stellung und erwerben einen beträchtlichen Wohlstand. Das Zusammenleben ist auf gegenseitigen Nutzen gestützt.

Was die Polen damals von den Deutschen halten beweist unter anderem eine bezeichnende Erwähnung in der sog. "Grosspolnischen Chronik" des Janko von Czarnków, aus der zweiten Hälfte des XIV. Jahrhunderts: "In der ganzen Welt gibt es keine zwei Nationen, die sich so wohlgesinnt und nahe stehen wie die Polen und Deutschen".

Das Kampfelement bringt in die polnisch-deutschen Beziehungen erst in der ersten Hälfte des XIV. Jahrhunderts der sogenannte Deutsche Orden, welcher unbedachterweise vom Fürsten Konrad von Masovien, zwecks Verteidigung seines Landes vor dem Drucke der heidnischen Preussen und Litauer eingeführt worden ist. Die Waffen der Ordensritter sollen die einen und die anderen von unaufhörlichen Überfällen abhalten und sie nach und nach zum Christentum bekehren. In diesen mit der Hilfe Polens geführten Kämpfen gelingt es ihm Ostpreussen zu beherrschen.

Die Geschichte dieser ersten kriegerischen Unternehmen der Vertreter des Deutschtums in den an Polen grenzenden oder bereits Polens Bestandteil bildenden Gebieten in Erinnerung zu bringen wäre überflüssig. Die Ordensritter begnügten sich mit der Rolle der Verteidiger Pommerns und Förderer der christlichen Lehre nicht. Bald lassen sie ihre

Maske fallen und beginnen am Anfang des XIV. Jahrhunderts sich in Westpreussen breitzumachen. Das gab erst den Anlass zum polnisch-deutschen Zwiespalt, welchem es beschieden war anderthalb Jahrhunderte zu dauern. Es ist der Streit um Pommern, ein von unzweideutig polnischen Stämmen bewohntes Land. Die Kaschuben gehören nämlich zu den vielen, mit dem polnischen Volke sprachlich engstens verwandten Stämmen. Es ist also nicht wunderlich, dass sich das an der Weichsel gelegene Pommern bis Ende des XIII. Jahrhund. als ein Teil Polens fühlte und polnisch war, wie es übrigens der deutsche Geschichtsschreiber Perlbach zugibt. Dass es entweder von souveränen Fürsten regiert oder in einer Union zu Polen stand tut nichts zur Sache.

Die Ordensritter sowie die branderburgischen Markgrafen, die sich quer durch Pommern Bresche zur See schlagen wollten, waren jedoch über diese Verbindung empört. Daher der zwiefache deutsche Druck auf dieses Land. Vom Osten übten ihn die Kreuzritter, vom Westen die Brandenburger aus.

Dieser langwierige Kampf, welcher zwischen den Deutschen und Polen um Pommern und Danzig entbrannte, war manchem Wechsel unterworfen. Die Ordensritter hatten in diesem Ringen lange Zeit die Oberhand, insbesondere seitdem sie Danzig erobert und den Sitz des Hochmeisters von Venedig nach Marienburg verlegt haben, von wo aus sie bestrebt waren ihre Macht allmählich über Baltendeutsche, Litauer, Polen, Letten, Esten and sogar Skandinavier zu ergreifen.

Es mag hinzugefügt werden, dass ein Einvernehmen zwischen ihnen und dem sogenannten Orden von Livland zu Stande kam.

Die polnischen Herrscher widersetzten sich aber umso gewaltiger den habgierigen Ordensrittern. Deswegen schloss

Ladislaus Łokietek ein Bündnis mit Litauen, welches ebenfalls gelernt hatte die Kreuzritter zu hassen. Sein Sohn Kasimir heiratet Aldona, Gedymins Tochter, und, zur Entrüstung der ganzen katholischen Welt, kämpfen dann polnische Scharen im Rückhalt an Heiden gegen das Ordensrittertum. Was war denn aber sonst zu tun? Die Ordensritter verheerten bereits polnische Kerngebiete, drangen bis nach Kalisch vor, in den Kirchen raubten sie goldene Kelche, nahmen Weiber gefangen und verwüsteten alles mit Feuer und Schwert. So sah das wahre Antlitz jeder Förderer des Christentums im Nord-Osten aus.

Im Jahre 1331. gelang es dem König Łokietek die Kreuzritter bei Płowce zu schlagen und 3200 Tote niederzustrecken. Der Orden war aber nicht bezwungen. Er unternahm weitere Feldzüge und riss sogar das ganze Kujavien an sich. Die Polen waren noch nicht im Stande den Orden aufs Haupt zu schlagen. Aus ganz Deutschland zogen Abenteuerer zum Ordensbanner.

Der polnisch-deutsche Streit vertiefte sich dank den Ordensrittern und begann allmählich sich in den Venen der Generationen zu vererben. Die nach dem 1343. mit den Ordensrittern geschlossenen Frieden, welcher dem Orden Pommern als "Kasimirs Gabe" überliess, unzufriedenen Zeitgenossen sangen:

O ! König Kasimir !
Darfst dem Preuss nicht Frieden geben
Bis Dir Danzig abgegeben !.......

Im Jahre 1410. findet die Schlacht von Grünwald statt, ein Erfolg der Union Polens mit Litauen und des einträchtig gegen den gefährlichen und gemeinsamen Feind geführten Schlages. Der Sieg vom Grünwald, obwohl er der Macht des Ordens

einen starken Hieb versetzte, ist von Polen nicht gehörig ausgenützt worden. Marienburg hat sich gewehrt und im Frieden zu Thorn geben die Ordensritter nur das Dobzyner Land dem Königreich Polen zurück. Jagiełło und Witold erhalten Samogitien auf Lebenszeit in Nutzung. Der Orden behält das polnische Pommern, so dass der Kampf um dieses Land mit Unterbrechungen fortdauert.

Dieser Zustand währt noch ein halbes Jahrhundert und hält die Polen und Litauer in dauernder Spannung. Den 16. Oktober 1466. wurde endlich mit dem Orden der Frieden zu Thorn geschlossen. Kraft seiner ist unmittelbar zu Polen angegliedert worden: das Danziger Pommern, das Michalover- und Chelmer-Land, ferner das Ermeländer Bistum und von grösseren Städten: Marienburg, Elbing, Danzig, Christburg und Stum.

Auf diese Weise fiel nicht nur Pommern mit dem Ermeland und ein Teil Preussens, das sog. Königliche Preussen, an Polen, um 306 Jahre diesem Staate anzugehören, aber ausserdem ist auch Ostpreussen als Lehen ein Bestandteil Polens geworden.

König Kasimir führt seither den Titel: "Gebieter und Erbherr von Preussen" - Prussiae dominus et heres. Alle seine Nachfolger werden diesen Titel bis an das Ende des Königreichs beibehalten.

Die im Jahre 1510. stattgefundene Wahl des Markgrafen Albrecht zum Hochmeister des Ordens ist der Markstein polnisch-deutscher Beziehungen. Er ist nämlich ein Hohenzollern von der jüngeren Linie des in Brandenburg - dem Nachbargebiet Pommerns - herrschenden Hauses.

Dieses dynastische Bündnis verbindet Königsberg mit Berlin und ist entschieden gegen die Herrschaft Polens in Pommern gerichtet.

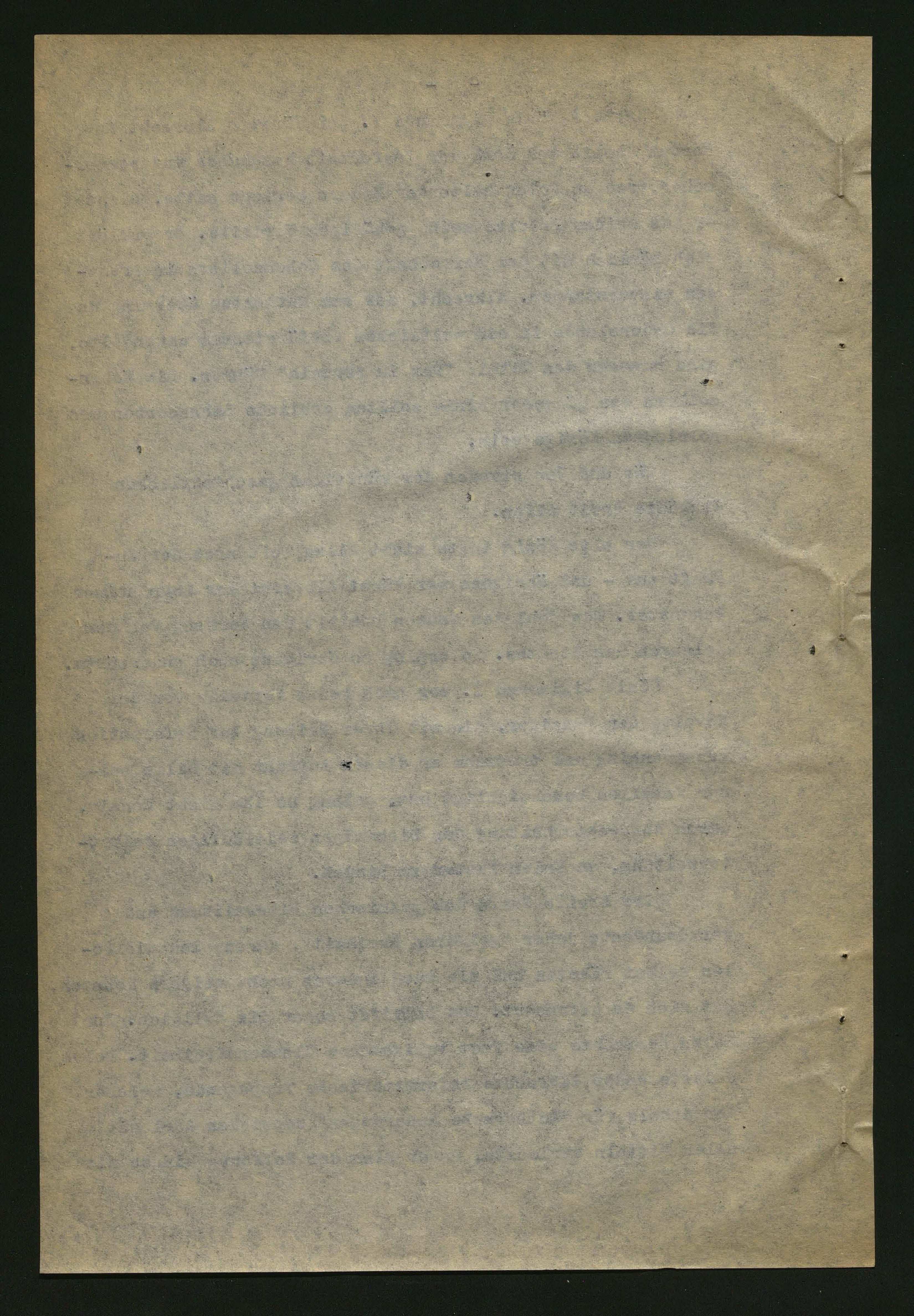
Nachdem König Sigismund I. den Fürsten Albrecht in hartem Kampfe und dank der Tapferkeit kaschuber und pommerscher, treu an Polen haltender Bauern besiegt hatte, zieht er aus seinem Erfolge keine gehörigen Vorteile. Er erklärt sich nämlich mit der Herrschaft des Hohenzollern in Preussen einverstanden. Albrecht, der zum Luthertum überging und die Ordenslande in ein weltliches Erbfürstentum umwandelte, wird nunmehr den Titel: "Dux in Prussia" führen. Die Hohenzollern der jüngeren Linie sollten erbliche Lehnsherren des polnischen Königs sein.

Tür und Tor standen der künftigen geschichtlichen Tragödie breit offen.

Der alte König lugte nicht allzu weit nach der Zukunft aus - und übrigens war Fürst Albrecht der Sohn seiner Schwester. Das Wohl des Hauses behielt den Vorrang vor den Belangen des Staates. So erging es übrigens auch anderwärts.

König Sigismund I. zog auch keine Vorteile von der Revolte der Danziger, die mit ihrer Neigung zur Reformation zusammenhing und trotzdem er diesen Aufruhr mit Hilfe seiner Vasallen beschwichtigt hat, gelang es ihm nicht Danzig, durch Aufrechterhaltung der bisherigen weitläufigen Selbstverwaltung, an Polen fester zu binden.

Eine breite Geste des polnischen Liberalismus und der Grundsatz jener "goldenen Freiheit", deren sich die Polen selbst rühmten und sie auch Anderen nicht weigern konnten, hat sich da offenbart. Das betrifft sogar die Religion. In Polen herrschte eine fast vollkommene Glaubensfreiheit. Polen duldete daher Albrechts reformatorische Propaganda, welcher den damals für "Luthersche Neuerungen" sensiblen Adel mit allen Mitteln verlockte, da er sich der Hoffnung hingab mit



dessen Hilfe den polnischen Thron nach Sigismund August besteigen zu können. Im Zusammenhang damit erklärte er seine Freundschaft und Hingabe für Polen. Er beteiligte sich an der Revolte protestantischer Fürsten gegen Kaiser Karl I. und suchte in Polen Hilfe gegen die Habsburger, indem er sich den Schein des Verteidigers von Pommern gegen deutsche Habsucht gab. Dies aber Alles dauerte nicht allzu lang. Nachdem er sich überzeugte, dass er die polnische Krone nicht erreichen wird trat er selbst mit dem damaligen Fürsten von Mecklenburg in Komplott. Die deutsche Gefahr wurde in den Küstenländern immer deutlicher. Danzig und auch Westpreussen sind nun gegen Polen gerichtet worden. Das sich weiterhin verbreitende Luthertum führte deutsche Einflüsse mit sich.

Die preussischen Staaten halten zäh an ihrer Autonomie und deutscher Amtssprache ihres Landtags.

Erst 1569. erschienen alle Abgeordneten des preussischen Provinz-Landtags im königlichen Landtag zu Lublin.

"Obwohl in Preussen wohnhaft, seid ihre alle Polen" - soll ihnen König Sigismund August erklärt haben. Hier sind drei preussische Woywodschaften endgültig mit dem Königreich Polen vereinigt worden.

Das Problem des Königlichen Preussen, beziehungsweise von West-Preussen, war also erledigt. Danzig erhob noch sein trotziges Haupt und versuchte während des Interregnums vor Stephan Batory's Thronbesteigung einen öffentlichen Aufruhr aufzuwiegeln, da es der Ansicht war, nicht jeden König anerkennen zu müssen. Batory wurde aber mit der, sei es mit den Schweden oder den Dänen verschwörenden unruhigen Stadt fertig. Deutsche Vaterlandsliebe war es seitens der Danziger nicht. Es war vielmehr Patrizier-Übermut der reichen Stadtbürger. Völlig anders

als die gedanenser Patrizier benahm sich der gesamte pommersche Adel, welcher fest am König und an Polen hielt.

Schlimmer sah die Lage in Ostpreussen aus. Unter dem Drucke moskovitischer Gefahr sieht sich Stephan Batory gezwungen die Betreuung des irrsinnigen Sohnes des Fürsten Albrecht den Hohenzollern in Berlin anzuvertrauen. Diese Tatsache war als der erste Schritt zur Einigung Brandenburgs mit Königsberg anzusehen. Vorsichtigere polnische Politiker ahnten bereits die Folgen die daraus zu schliessen waren, denn die Bedeutung des Zutritts zur See war ihnen vor allen Dingen klar.

Der Wichtigkeit dieses Problems war sich jedoch der Adel nicht bewusst. Sebastian Klonowicz, ein bekannter Dichter zu Beginn des XVII. Jahrhunderts vertrat die öffentliche Meinung indem er schrieb:

"Tut der Pole sein Acker bestellen,
muss er sich nicht um die Meere scheren".

In Berlin und Königsberg war man über den Küstenbesitz einer anderen Ansicht. Dies sollte über weitere polnisch-deutsche, oder vielmehr über bereits polnisch-preussische Beziehungen entscheiden. Sobald die Brandenburger Kurfürsten effektive Herren Ostpreussens geworden sind, behielten sie ihre Absichten betreffs der baltischen Küstenländer stets vor Augen. Mit Polen hielten sie, allem Anschein nach, korrekte Beziehungen aufrecht, verbündeten sich aber insgeheim mit Polens Feinden, wie z.B. mit Karl Gustav, dem Schwedenkönig. Ihre Stellungnahme während des Krieges Polens mit Gustav Adolph, als er im Einvernehmen mit ihnen in Pilau, einem der ostpreussischen Hafen landete, war nicht mehr ganz klar.

Die Brandenburger Kurfürsten beginnen in Bezug auf Polen eine, von der grossen "kaiserlichen", total verschiedene Politik. Gleich seit dem Anfang macht sich das Abwarten

einer Gelegenheit soviel als möglich von der Republik loszureissen und ihr im günstigen Augenblick den Zutritt zur See abzusperren bemerkbar.

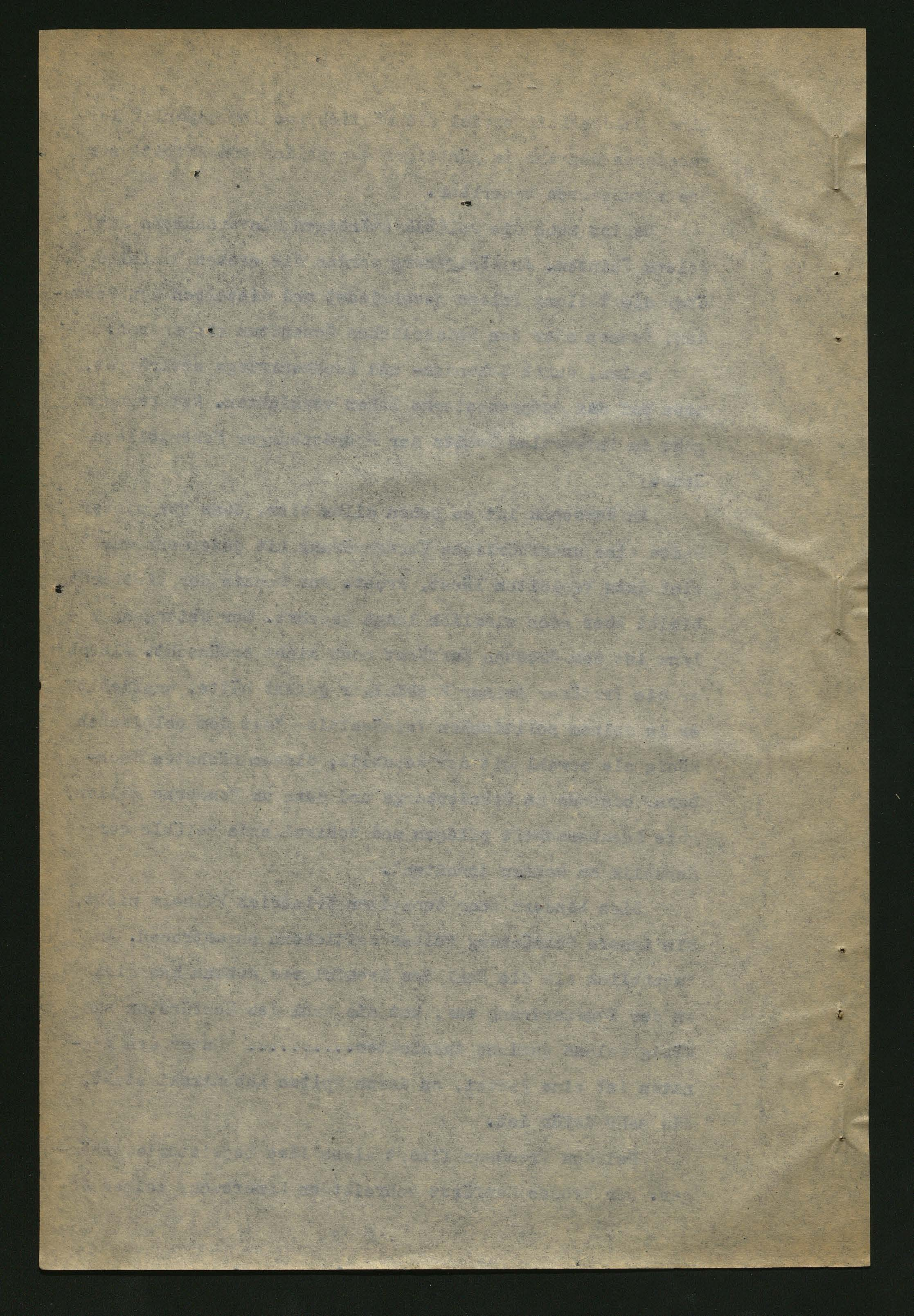
Es ist auch die Politik ständigen Einvernehmens mit Polens Feinden. In Königsberg werden die ersten Einfälle über die Teilung Polens geschmiedet und dieselben den Schweden, Russen oder den kaiserlichen Gesandten eingegeben.

Polen, durch Schweden- und Kosakenkriege entkräftet, muss auf das Ostpreussische Lehen verzichten. Ostpreussen geht in integralen Besitz der Brandenburger Hohenzollern über.

In Warschau ist es schon allen klar, dass von dieser Seite eine unaufhörliche Verschwörung mit jedermann wer sich dazu verleiten lässt, droht. Der Schein der Eintracht bleibt aber noch ziemlich lange gewahrt. Der Untergang Polens ist dem Grossen Kurfürst noch nicht erwünscht. Als ob er die Irrtümer seiner Nachfolger geahnt hätte, empfiehlt er in seinem politischen Vermächtnis: "mit dem polnischen König als sowohl mit der Republik, diesem nächsten Nachbarn, erstens um Brandenburgs und dann um Pommerns willen, gute Nachbarschaft pflegen und wohlwollende Gefühle der Republik zu wahren trachten".

Dies hindert aber denselben Friedrich Wilhelm nicht, die innere Schwächung Polens zeitlebens anzustreben. Im Augenblick als die Wahl des Nachfolgers Johann Kasimirs an der Tagesordnung war, hat die Wahl des Kurfürsten zum König Polens gewisse Aussichten.......... Unter den Magnaten ist eine Partei, an deren Spitze Lubomirski steht, die sehr dafür ist.

Bei den Preussen findet diese Idee begeisterte Anhänger. Der Grosse Kurfürst schreibt an Hanerbeck, seinen Ge-



sandten in Warschau: "Ich bin nicht willens zu betonen welche Bedeutung die Republik bei ihren Freunden und Feinden gewinnen wird, wenn beide Staaten einig werden. Wo ist eine Macht gegen sie zu finden!" Jene "Einigung" kam aber nicht zu Stande. Diese Idee des Grossen Kurfürsten dämmert aber lange noch in den Ansichten vieler preussischer Staatsmänner. Diese Ansichten sucht aber das vereinfachte Programm brutaler Eroberungssucht zu besiegen. Weitblickend ist aber dieses Programm nicht. Es vermag bloss sofortige Vorteile zu schauen

II.

Das prinzipiell feindliche Verhältnis zu Polen setzt in Preussens Geschichte mit Friedrich dem Grossen ein. In dieser Hinsicht kennt er keine Schwankungen. Er ist bemüht um jeden Preis die Anarchie, welcher die Adelsrepublik allmählich anheimfiel, zu unterstützen. Unter solchen Umständen wird Polen leichter in Fetzen zu reissen sein. Der Preussenkönig missachtet seinen östlichen Anrainer und trachtet, ihn als nur irgend möglich auszunützen. In dieser Richtung kennt er kein Mass. Er lässt in deutschen Münzstätten minderwertige polnische Münzen prägen und verdient dabei zehnerlei Millionen Thaler. Kaum hat er den siebenjährigen Krieg mit dem Erwerb des noch grösstenteils polnischen Schlesiens abgeschlossen, lässt er alsbald seine Truppen unter Lossows Führung über die Grenzen der Republik vorstossen um den halbjährigen Raub an Getreide, Futter, Vieh und Menschen zu holen. Die erste Teilung Polens wird aus seiner Initiative vollzogen. Katharina II., eine geborene Prinzessin von Anhalt-Zerbt, gibt seinem Rat gerne Gehör.

Auf Grund dieser Teilung besetzt der König von Preussen Pommern und das Neissegebiet, doch ohne Danzig und Thorn.

Das hindert ihn aber nicht, Gewinn vom polnischen Handelsverkehr zu geniessen. Er errichtet ein Zollamt in Marienwerder an der Weichsel und behebt von der seewärts segelnden Waare einen riesigen Zoll.

Eine solche "Politik" erweckt bei den Polen das Bewusstsein der sie und Preussen trennenden Gegensätze, aber trotzdem scheinen sich, unter dem Nachfolger Friedrichs des Grossen - Friedrich Wilhelm II., beide Völker gegenseitig auf gemeinsamer politischer Fläche zu nähern. In der Geschichte polnisch-deutscher Beziehungen wirkt zum ersten Male der Gesichtspunkt gemeinsamer Abwehr der russischen Gefahr. Friedrich Wilhelm II. ist bereit die Republik im Versuche zu unterstützen, sich den fortschreitenden Anmassungen der Zarin und der Herrschaft der beinahe allmächtigen Botschafter in Warschau zu widersetzen.

Friedrich der Grosse und sein Bruder Heinrich von Preussen, haben bereits den für Preussen und Deutschland greulichen Augenblick russischer Oberherrschaft prophezeit. Eine tatsächliche Interessengemeinschaft bestand also zwischen Preussen und der Republik. Hertzberg erteilt den Rat, der König solle im Bündnis mit der Türkei, mit Schweden und Polen das Zarentum weit nach Osten verdrängen und dieser Rat wird von Friedrich Wilhelm II anerkannt. Nun beginnt er denn ein feines politisches Spiel zu spinnen und bringt es fertig im Vierjährigen Landtag eine starke preussische Partei ins Leben zu rufen, deren Werk das am 29. März 1790. geschlossene polnisch-preussische Bündnis ist. Dieser Bund soll weiteren habsüchtigen Plänen Russlands Einhalt tun und moskovitischen Vormarsch gegen Westen hemmen. Diesem Entschluss liegt eine grosse, in die Zukunft ragende und der deutschen

Tatkraft im russischen Osten und am baltischen Gestade breite Horizonte öffnende Idee zu Grunde.

Im Bündnis mit Polen vermochte das leistungsfähige Preussen in den zwar noch beträchtlichen aber bereits schwachen polnischen Staatsorganismus neue belebende Kräfte einzuhauchen und ihn zum Bollwerk und Vorhut eigenen, grossen, nicht aber kleinlichen Tuns ausbilden. Das polnisch-deutsche Bündnis konnte wohl den Ausgangspunkt total verschiedener Geschichtsgestaltung beider Völker bedeuten. Sie konnten zu Europas grösster Macht legieren. Also dachten die Polen. Ignatz Potocki, Małachowski, Kołłontaj u.ä.m. waren für eine solche Zukunftsaussicht Feuer und Flamme. Von Preussen war aber dazu Aufrichtigkeit und politischer Schwung, welcher leider der Herrschaft Friedrich Wilhelms II fehlte, erforderlich. Die Gier nach einer unmittelbaren Sättigung an einer neuen Teilung Polens siegte.

Dies geschah im Moment als Lucchesini und Hertzberg, nach dem Beschluss der Konstitution vom 3.Mai - welche Verfassungsurkunde er "eine bessere als die englische" nennt - den Aufstieg der Republik von völliger Zerrütung [illegible] deutlich sahen. Nun behielt die einstmalige Einstellung auf die "Schwächung" Polens abermals die Oberhand. Preussen tritt bei der ersten Gelegenheit aus dem Bündnis, indem es übrigens nicht aufhört die Überlassung Danzigs und Thorns in Rechnung dieses Bundes zu bringen. Als dies Letztere nicht zu Stande kam, ergeht von Berlin nach Petersburg der Vorschlag einer zweiten Teilung Polens. Diesen Rat nahm die Zarin umso wohlwollender auf, als die P o l e n i n i h r e m V e r t r a u e n a u f P r e u s s e n s B e i s t a n d i n e n t s c h i e d e n e r F o r m g e g e n R u s s l a n d a u f t r a t e n.

Sie sollten es durch eine abermalige Gevierteilung ihres Vaterlands einbüssen. Danzig und Thorn fielen endlich Preussen anheim, zugleich aber raffte Russland den grösseren Teil der Republik an sich weg und sollte seither in Europa eine Rolle ersten Ranges spielen. Die Möglichkeit einer integralen Lösung des polnischen Problems entschlüpft aus deutscher Hand.

Preussen wird sich nunmehr um die Gunst des Zarentums bemühen. Die Mittäterschaft an der Zerfetzung Polens wird sich lange Zeit rächen. Russland wird wie ein böser Fluch über der Welt lasten.

Russlands Macht und Übermut wird ständig wachsen. Deutschlands und Preussens internationale Bedeutung sinkt für eine lange Zeitdauer herab. Anstatt einer, in ihrem Schwung gewaltigen, Expansion gegen Osten, welche Preussen unerhörte Vorteile geben würde, wird ihm das Wiederkäuen jener Länder Polens zuteil, die ihm auf Grund der Teilung zukamen. In Polen glaubten aber noch manche an Preussen und gaben sich der Täuschung hin, dass gerade Preussen fähig ist das polnische Problem in die Hand zu greifen und es gegen das Zarentum zu richten. Dieser Glauben bewegt auch im Jahre 1796. den General Heinrich Dąbrowski, den später berühmten Schöpfer der Legionen, zur Reise nach Berlin und verleitet ihn den König Friedrich Wilhelm III. entsprechend zu überreden. Er beschloss leider mit Russland zu gehen.

Diese Umstände werden Preussen in eine sonderliche Stellung treiben. Es wird zu einem denationalisierenden und mit seiner Waffenfront gegen den europäischen Westen gerichteten Staate.

Der Zar und das Zarentum wird zu seiner einzigen Zuflucht. Die Unterdrückung der Polen wird zum gemeinsamen Lösungswort und zur hauptsächlichen politischen Tendenz der

auf diese Art und Weise verbrüderten Mächte.

Die Zerschmetterung der Insurektion Kościuszko's und die dritte Teilung Polens ist jene Gemeinschaft der politischen Sünde, die sich lange rächen soll. Diese Sachlage findet Bismarck vor, verschlimmert sie aber unbedachterweise, trotz seiner ganzen sonstigen Klugheit. Der preussische Junker versteht es nicht Freundschaft und Rückhalt anderwärtig, als in der russischen Reaktion zu suchen.

Der "Völkerfrühling", welcher ihm seit Beginn unausstehlich ist, wird ihn übrigens dazu verleiten.

Das Gegengewicht wird er immer in der, zu einer gesunden Evolution unfähigen, Zaren-Tyrannie erblicken.

Bevor dies aber geschieht wird Preussen noch manches durchmachen. Vor allen Dingen also, 11 Jahre ihrer Herrschaft in "Süd-Preussen", denn so haben sie selbstverständlic das im Jahre 1795. erhaltene polnische Kernland samt Warschau benannt. Sie bemühten sich, selbst den Namen Polens endgültig zu streichen. Es muss aber zugegeben werden, dass sich dieser prinzipiellen Absicht eine ausgesprochene Unterdrückung der Bevölkerung der gewonnenen Länder nicht gesellte.

Der an der Spitze der preussischen Verwaltung in Warschau stehende General Köller gewinnt durch seine Humanität die Anerkennung der Polen und seinen, mit Achtung erwähnten Namen, finden wir in zeitgenössischen Memoiren. Niedrigere Behörden benahmen sich schlimmer. Sonst werden polnische Gutsherren allmählich und planmässig durch vorbedachte Krediterteilung und danach plötzliches Schuldeintreiben zugrunde gerichtet. Die Fahrlässigen belustigen sich, saufen und spielen Karten auf dem Grabsteine ihres Vaterlands. Preussische Besonnenheit versteht es diesen Umstand auszu-

nützen. Polnische Güter schmelzen rasch zusammen.

Die preussische Verwaltung ist seit Anfang bemüht dem verschwenderischen Adel die Bauernschaft gegenüberzustellen, indem sie dem Bauern die persönliche Freiheit verleiht. Es werden ihm aber derartig hoche Steuer auferlegt, dass er ausserstande ist sie zu leisten.

Das Verhältnis zu den Polen in "Süd-Preussen" ist trotz Allem nicht das schlimmste. König Friedrich Wilhelm III. ist im Grunde ein freisinniger Monarch. Seine Regierung zeichnet sich äusserlich durch keine Bedrückung aus. Die Germanisation setzt aber in polnischen Provinzen bereits ein. Sie wird durch den Krieg mit Napoleon und seine Siege von Jena und Freidland unterbrochen. Aus der Mehrzahl polnischer, zu Preussen angegliederter Länder, errichtet Bonaparte das sogenannte : "Fürstentum Warschau", dessen Thron, der Verfassung vom 3-Mai gemäss, der brave Sächsische König Friedrich August - ein Enkel des letzten polnischen Königs dieser Dynastie - bestieg.

Jenes neue politische Gebilde, der Kern des künftighin voll aufzubauenden Polens, bricht im Jahre 1812, nach der Niederlage Napoleons im russischen Feldzuge, zusammen. Das polnische Problem ist abermals tagfällig. Aleksander I. hat den Ehrgeiz alle polnischen Länder seiner Oberhoheit zu unterstellen.

Im Wiener Kongress erhebt aber England entschiedenen Widerspruch dagegen. England befürchtet, wie immer, einen allzu starken Aufschwung eines beliebigen Staates auf dem Kontinent, in diesem Falle also Russlands, welches es als eine für die Welt gefährliche Macht betrachtet. Dank dieser Stellungnahme Englands und übrigens auch sonstiger Kongress-Mächte, gelingt es dem Kaiser Aleksander I. bloss

das sogenannte "Kongresspolen" mit dem rühmlichen "Süd-Preussen" zu erhalten. Zu Kongresspolen gehört dagegen weder Galizien noch das Grossfürstentum Posen. Sowohl dieses Fürstentum als Westpreussen bleiben in Preussens Besitz.

Das Gross-Fürstentum Posen, sowie auch andere Länder der ehemaligen Republik erhalten vom Kongress gewisse Garantien. Im Wiener Abkommen vom 3.Mai 1815. heisst es: "die Polen, Untertanen der kontrahierenden Staaten, sollen eine ihre Nationalität wahrende Regelung geniessen, und zwar in der Form, welche jeder Staat dem sie angehören, ihnen zu verleihen als recht und billig erachten wird". In der verzwickten Verfassung dieser Formel machen sich Metternichs Kniffe bemerkbar. Wie dieselbe Friedrich Wilhelm III begriffen hat ersehen wir aus seiner Kundgebung vom 15.Mai 1815. an die Einwohner der an Preussen neu angegliederten Provinz.

Laut dieser Kundgebung sollte der politischen Verfassung des Grossfürstentums Posen, vor allen Dingen vollständige Gleichberechtigung der Polen und der Deutschen, die 25% der Einwohnerschaft ausmachten, zu Grunde liegen.

Der polnischen Sprache ist das Bürgerrecht in der Verwaltung, im Gerichts- und Schulwesen gewährleistet worden. An der Organisation der Provinz sollten Vertreter der polnischen Volksgemeinschaft mitwirken. Die Polen konnten alsdann preussische Staatsbürger sein, ohne auf ihre Nationalität zu verzichten.

Zum Statthalter des Grossfürstentums wurde Fürst Anton Radziwiłł, Gemahl der Prinzessin Louise von Preussen, ernannt. Die geschickte Verknüpfung der Erfordernisse der Regierung mit den Wünschen und Gefühlen der posener Polen wurde ihm, als einem Verwandten des preussischen Herrscherhauses und gebürtigen Polen anvertraut. Eine Abordnung

begab sich nach Berlin um dem neuen Monarch Huldigung zu leisten. Preussische Truppen zogen in das Grossfürstentum ein. Als Erstes wurden polnische Adler von öffentlichen Gebäuden heruntergeholt.

Der Statthalter Fürst Anton Radziwiłł traf am 20.Juli in Posen ein. Er ist mit Begeistrung empfangen worden. Einer besonders ostentativen und wohlwollenden Begrüssung erfreute sich seitens der Bevölkerung seine Gemahlin, die Prinzessin Louise von Preussen. Nach der Vereidigung in der Kathedrale erklärte der Statthalter im Namen des Königs, dass die Regierung einen besonderen Rang unter preussischen Besitztümern dem Grossfürstentum Posen bestimmt. Salut wurde geschossen und das Tedeum gesungen. Man traute den Versicherungen des Königs, man freute sich über die Ernennung eines Landsmanns zum Statthalter und über die Bestellung Zerboni di Sposetti's zum Oberpräsidenten der Provinz.

Obwohl Sposetti ein Deutscher war, genoss er eine allgemeine Zuneigung und seine humanen Ansichten waren bekannt. Er nahm die Organisation des Landes sofort auf.

Das in den königlichen Urkunden betonte und durch den Statthalter hervorgehobene Prinzip der Sonderstellung des Grossfürstentums kam im Plane eines speziellen Armeekorps, der Prägung einer separaten Scheidemünze und der Gleichberechtigung der polnischen Sprache in Schule und Amt zur Geltung. Die polnische Unterrichtssprache wurde in den Gymnasien und Progymnasien beibehalten. Die Muttersprache des Klägers war für den ganzen Verlauf der Streitsache obligatorisch. Das Erzbistum zu Posen wird zum Rang einer Metropole erhoben und mit dem Bistum von Gnesen vereinigt. Diese Tatsachen waren alle günstig. Zu den, vom Gesichtspunkte polnischer Interessen ungünstigen, gehörte die Einführung /trotz dem Beschlusse des Wiener Kongresses/ einer Zollgrenze zwischen

dem Grossfürstentum und Kongresspolen, einer Massnahme, die für Handel und Industrie übelste Folgen hatte. Ausserdem kam die geplante Schaffung eines polnischen Armeekorps nicht zu Stande. Die Einflüsse Metternichs und der Wankelmut Friedrich Wilhelms III. waren daran schuldig.

Preussische Staatsmänner , wie Stein, Hardenberg und Boyen waren aufrichtig bemüht die Sympathien der Polen für den Staat zu gewinnen und durch dieselben in dem von den Russen annektierten Gebiete in diesem Sinne einzuwirken. Sie sahen weiter als der Herrscher selbst,welcher unter dem Einflusse des "Heiligen Bundes" immer mehr zur Reaktion neigte. Ihre Symptome sind überall fühlbar. Im Grossfürstentum setzen Sprachbeschränkungen ein. Gleichzeitig wird, mit Beihilfe der Bodenkreditanstalt, der Aufkauf polnischer Landgüter, nicht ohne ausgeprägter politischer Tendenz, durchgeführt. Preussische Beamten sind unterrichtet den Keim zur Zwietracht zwischen Herrenhaus und Bauernhütte zu legen. Zerboni di Sposetti will nicht der Vollzieher dieser neuen Richtung sein. Er ist daher zurückgetreten und Baumann kommt an seine Stelle. Baumann leitet die langsame Germanisation polnischer Schulen ein. Die Regierung bemüht sich, auch den Einfluss des Katholizismus zu bekämpfen, indem sie die Rolle der Geistlichkeit beschränkt, die Kirchen-und Klostergüter verstaatlicht und benützt die davon zufliessenden Einkünfte für Kulturzwecke, zumeist für protestantische Schulen.

Eine Reihe dieser Tatsachen stellt die anfänglich ganz loyale Haltung der polnischen Volksgemeinschaft grundsätzlich um. Die Germanisation nimmt fortlaufend an Kraft zu. Schulen mit polnischer Unterrichtssprache werden immer weiter aufgehoben, die polnische Sprache wird von Gericht und Amt verdrängt, der Zustrom deutscher Beamten steigert sich. Deswegen auch beklagen sich di Polen in der Tagung des im

Jahre 1827. zum ersten Male einberufenen Provinz-Landtags in einem fort über die in Berlin "vergessenen" königlichen Versprechungen. Die Lage des Statthalters Fürsten Radziwiłł wird ungemein peinlich. Er steht vor einer Aufgabe die seine Kräfte übergeht. Der Vergleich nämlich der Strebsamkeit und Anrechte der Polen mit der Politik der Regierung ist geradezu unmöglich.

Der Ausbruch des November-Aufstandes von 1830. in Warschau, verschärft noch mehr die Zustände im Fürstentum Posen. Es gab Polen, die z.B. der beste der polnischen Generäle Prądzyński, die der Meinung waren, dass Preussen die Gelegenheit ausnützen, die aufständische Regierung unterstützen und dadurch die Stellung Nikolaus I. schwächen soll. Berlin ist aber für Russland zuvorkommend. Bürger des Grossfürstentums, die an dem Kriege vom 1830. beteiligt waren, werden verfolgt. Der Bruder des Fürsten Anton Radziwiłł war vorübergehend Befehlshaber polnischer Truppen in Kongresspolen. Dies genügt um den Fürsten Statthalter zu beseitigen. Die Herrschaft geht unbeeinträchtigt an den Ober-Präsidenten der Provinz Flottwell über. Er veranlasst die Verurteilung zum Tode i n c o n t u m a t i a m, der für ihr Vaterland mit Russland kämpfenden Polen.

In der Friedrichsstrasse zu Posen wurde ein riesiger Galgen errichtet, der zum Aufhängen der Bildnisse der nach dem Kongresspolen geflüchteten Polen diente. Ihr Vermögen wurde eingezogen. Die Verwaltung und das Schulwesen wird fast vollständig vom Polentum gesäubert. Polnische Güter werden massenweise aufgekauft und an Deutsche abgetreten. Sie haben ebenfalls bloss das Recht Staatsgüter zu pachten. Der kommandierende General Grohmann, der Oberpräsident Flottwell und der Präsident des Obersten Gerichts Schönermark schliessen einen Dreimännerbund, welcher nach allen Kräften bestreb

ist, den kernpolnischen posener Gau zu denationalisieren.

Ihre Bemühungen rufen Empörung hervor. Die Polen häufen sich zusammen und nehmen eine lebhafte kulturelle Arbeit auf. Dieses Werk wird von Seiten zahlreicher Auswanderer von Kongresspolen - meistens gewesener Soldaten, deren Taten das ganze deutsche Volk unlängst bewunderte - unterstützt. Das bis heutzutage bekannte Lied: "Tysiąc walecznych opuszcza Warszawę" /"Zehn mal hundert Tapfere verlassen Warschau"/ hat ein Deutscher komponiert. Es wurde allgemein gespielt und gesungen. Noch nach vielen Jahren ist Bismarck, über den begeisterten Empfang polnischer Offiziere in Göttingen, empört. Die zeitgenössischen Deutschen, das Bürokratentum ausgenommen, haben aber für Polens Freiheit und deren Kämpfer ein Mitgefühl.

Allmählich erklären sich die Anführer der deutschen politischen Begriffe doch als entschiedene Gegner Polens. Sie machen eine zahllose Menge von Ursachen des Untergangs des Polenstaates ausfindig und denten ihn als eine geradezu unvermeidliche Erscheinung.

Ihr, mit tendenziöser Wut dargestelltes, Bild des polnischen Gemeinwesens ist grässlich. Es soll den Deutschen die Überzeugung einprägen, dass die polnische Nation kein besseres Schicksal als dasjenige welchem es erlegen ist verdient hat. Grüner, Clausewitz, Gneisenau, Roeder und zuvörderst Knesebeck, der berühmte Schöpfer des Entwurfs preussischer, bis an die Weichsel und den Narewfluss reichender Grenzen, lassen an den Polen kein gutes Haar. Für Polen gibt es in Europa keinen Platz, wohl aber für die Türkei. Polen verdient nichts beseres. Die Flut polenfeindlichen Auftritte seitens preussischer Politiker und Stabsoffiziere, findet jedoch ihre Widerlegung in dem 1832. veröffentlichten Werke Moltkes, dem späteren Schöpfer preussischer Militärmacht.

/gesam. Schriften, Band II. S. 65. u. folg./.

Das historische Material, welches dem trefflichen Strategen zu seinem Grundris der Geschichte Polens diente ist zwar nicht allzu reich, führt ihn aber wohl zu gerechten und vorurteilsfreien Folgerungen. Er verteidigt den polnischen Adel vor den ihm boshaft vorgeworfenen Fehlern. Als seine guten Wesenszüge nennt er die Ritterlichkeit, die Einfachheit der Lebensführung und Sitten, Würde, Anhänglichkeit für den eigenen Herd, wesentliche Religiosität, Herzlichkeit und Aufrichtigkeit in gegenseitigem Umgang und schliesslich die Toleranz, für welche Polen in der Ära heftigster, Westeuropa verheerender Glaubensverfolgung, berühmt war.

Dank diesen Vorzügen seiner Bürger verstand es Polen, die äusserste individuelle Freiheit mit einer erheblichen inneren Stärke und Grossmachtstellung zu verbinden. "Man kann feststellen, dass Polen des XIV. Jahrhunderts zu den bestgeformten Staaten Europas zählte". Später beginnen die inneren Verhältnisse Polens einer Zersetzung im sozialen, ökonomischen und politischen Sinne zu unterliegen. In seiner Redlichkeit gibt aber Moltke zu, dass die Republik des XVIII. Jahrhunderts nicht bloss nachteilige Merkmale aufzuweisen hatte und ihre Fehler nicht die alleinige Ursache ihres Untergangs waren. Moltke schreibt, dass es in Polen nie an Männern fehlte, die bereit waren sich für das Vaterland zu opfern, dass das Bewusstsein zunehmender Anarchie reformatorische Ideen aufkeimen liess und dass vornehmlich diese Bemühungen um das Wiederaufblühen des scheiternden Staates den Zusammenbruch verursacht haben. Sie waren nämlich den Nachbarn höchst unerwünscht.

Über Polens Geschick entschied seine geographische Lage zwischen Preussen und Russland.

Von den über Polen schreibenden preussischen Politikern sei auch E.M. Arndt erwähnt. Sein Urteil über polnische Vergangenheit ist parteilich und streng. Als eine ausgesprochen ungünstige Tatsache betont er, dass die Reformation, dieser "Prüfstein der Nationen" in Polen keinen Zutritt fand. Der Ansicht Arndts nach, war der Untergang Polens unvermeidlich. Seine Ursache sieht er in Russland und schliesst daher, der geäusserten pessimistischen Meinung zum Trotz, mit dem Wunsch des Aufbaus eines unabhängigen polnischen Staates als Tarnung Deutschlands gegen Osten.

Wie wir also sehen, sind in der Begründung der Stellungnahme der Preussen zu Polen zwei strittige Momente vorhanden. Erstens, das unmittelbare Interesse, aus welchem sich die Rechtfertigung und Aufrechterhaltung der Teilung Polens folgert, und zweitens, das Gefühl geschichtlicher Gerechtigkeit und einer gewissen politischen Umsicht, die Allem was von Russland zu erwarten ist, Rechnung tragen lässt. Eine so beschaffene Doppelheit wird immerfort die deutsche Auffassung des polnischen Problems mehr oder weniger kennzeichnen. Die erstaunliche Einseitigkeit des ansonsten genialen Bismarcks wird dieser Anschauung leider schwer aufliegen.

Bevor es aber zu seiner Führung der gesamten deutschen Politik kommt, hat Deutschland eine inhaltsreiche Zeitspanne der Konsolidierung und des Liberalismus vor sich.

Die durch Friedrich Wilhelm III. unterdrückte bürgerliche, individualistische Geisteshaltung wird unter seinem Sohne Friedrich Wilhelm IV., dem lebendigen Gegensatze seines Vaters in Bezug auf Mentalität und Regierungsmethoden, desto freier zum Vorschein kommen. Der neue König scheint eine neue Epoche für Preussen zu verkündigen. Seine Persön-

lichkeit hat auch auf wichtige Wandlungen der Beziehungen zu den Polen einen ausgesprochenen Einfluss.

Zum vorherrschenden Merkmale, zur Dominante dieser Beziehungen wird abermals die Willigkeit - von durchaus antirussischem Charakter - die Bevölkerung des Grossfürstentums für sich zu gewinnen. In diesem Sinne betätigt sich sowohl der königliche Günstling von Radowitz, als auch der neue, Oberpräsident des Gaues Posen, Graf von Arnheim. Zur Seite steht ihm, der später für das Projekt eines Wiederaufbaus Polens bekannte, preussische Gesandte in London, Bunsen. In seinen Plänen sollte Polen auf den Trümmern des Zarentums auferstehen.

Canitz, Minister des Äusseren seit 1845., holte die Idee hervor, Polen in einer dynastischen Union mit Preussen wiederaufzubauen.

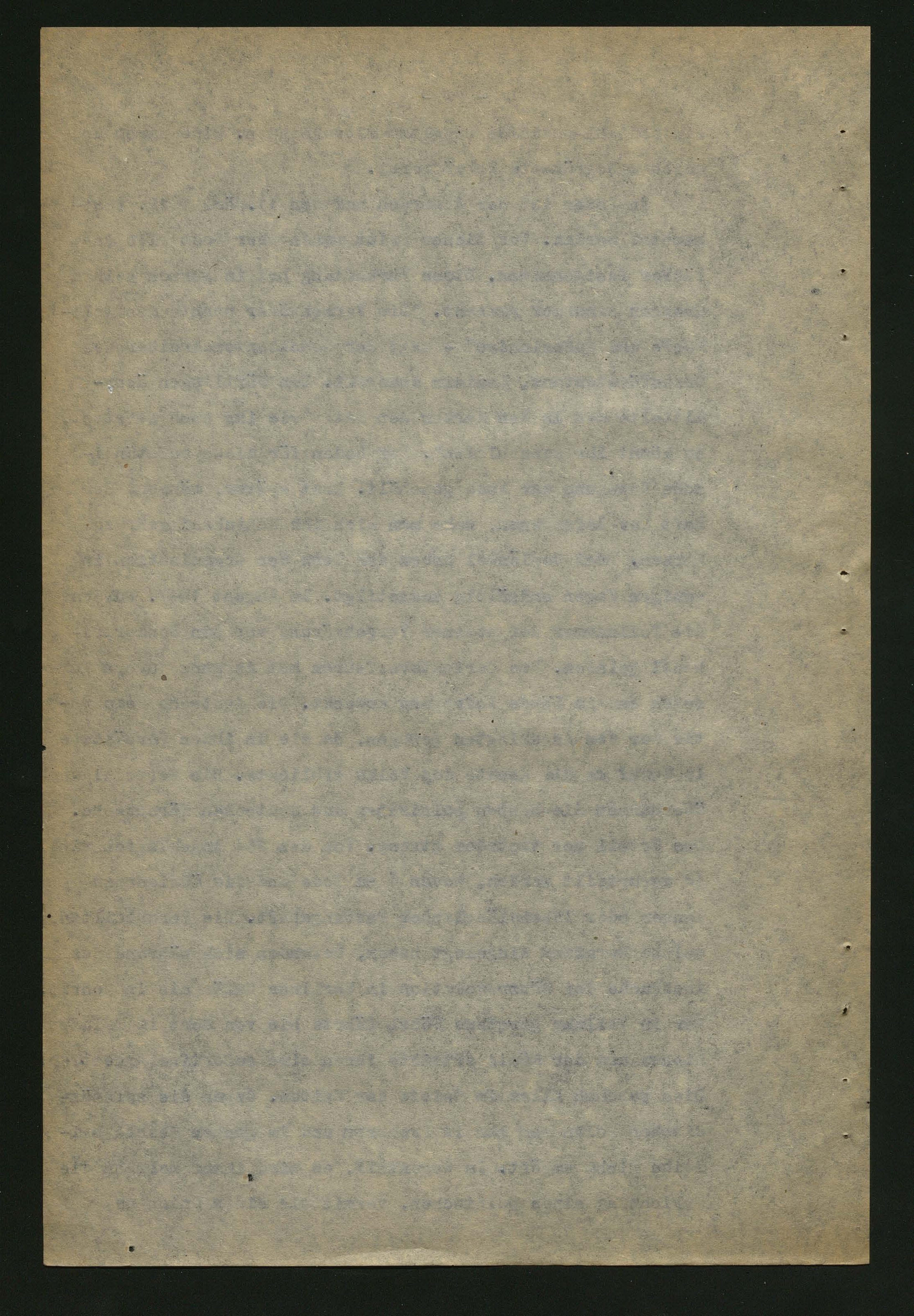
Sympathiebezeugung für Polen war in den breitesten deutschen Kreisen bemerkbar. Die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Polen waren für alle Freiheitshelden. Bei den aufgeklärten Politikern kristallisierte sich ein greifbarer Wiederaufbau Polens, der Abwehr gegen den Druck des Zarentums, aus. Man meinte, nicht ohne Grund, dass die Polen ein wertvolles Element bilden, welchem Deutschland manchen Vorteil abgewinnen kann. Sachliche Rechnung, in Verbindung mit dem dazumal modischen Liberalismus, mit der Bewunderung für Freiheitsheroen und dem Hass gegen die Tyrannen und schliesslich mit dem humanitären Mitleid für die Opfer russischer Verfolgung, ergaben als Resultat die in der Geschichte bekannte "Deutsche Polenfreundschaft". In glänzendster Gesellschaft Berlins und in den Werken hervorragendster deutscher Schriftsteller, wie Herwegh, Platen, Schland, Chamisso usw. wurde Polens Name mit Begeisterung erwähnt.

Diese Tatsache geht aber über das gewöhnliche Mass nicht hinaus. Deutschland war ja selbst an der Schwelle der Geschehnisse von 1848. und der allgemeinen Begeisterung für nationale Einigung und Abschaffung der unbeschränkten Herrschaft. Der Hauch der Revolution durchdrang fast alle Völker. Von Wien sollte bald Metternich, von Frankreich Ludvig Philip flüchten und in Berlin nahten die denkwürdigen Märztage heran.

Bevor es aber dahin kam, sollten die Gerichte zu Posen Urteile über die Anführer der leichtfertigen, rebellischen polnischen Bewegung fällen. Sie war die Folge, der durch die Auswanderer in Frankreich auf alle Teile Polens verbreiteten, Einflusse der sog. "Demokratischen Gesellschaft", die, so rasch es ging, den 1831. verlorenen Freiheitskampf erneuern wollte. Die Zentrale zu Versailles war ihre Burg. Ihre Zweigstellen entstanden in allen Teilen Polens, unter anderen auch in der Provinz Posen. Allmähliche Werbung brachte - durch Aneiferung der sonst schon, in der Atmosphäre in ganz Europa herrschender Aufregung, gereizten Gemüter - eine Handvoll Hitzköpfe zum Vorsatz, gegen die Regierung zu den Waffen zu greifen. Zum Rädelsführer der beabsichtigten Bewegung wurde, von Paris aus, Ludvig Mieroslawski, einer der eifrigsten Anhänger des aktiven Kampfs, entsandt. Der Aufstand sollte in allen polnischen Landen gleichzeitig ausbrechen, war aber überall im Keim erstrickt. Es gab Feldherren und Offiziere, es fehlte aber an Soldaten. Die Polen hatten im allgemeinen die schweren Erlebnisse von 1831. noch frisch im Gedächtnis. Nur unverbesserliche Verschwörer konnten sich dem Glauben hingeben, dass sich der Pole nochmals hinreissen lässt. Sie bildeten sich übrigens ei[n], dass es ihnen gelingen wird auch alle anderen Völker durch

ein radikal-soziales Programm mitzureissen. Eine durch und durch unbegründete Schwärmerei.

In Posen ist der Ausbruch auf den 11.März 1846. festgesetzt worden. Vor dieser Frist waren aber fast alle Anführer festgenommen. Diese Verhaftung hat im ganzen keinen grossen Eindruck gemacht. "Die Verschwörer nannte man Tollkopfe und Wahnsinnige" - sagt der Geschichtsschreiber des Grossfürstentums, Kasimir Makowski. Den Häftlingen übermittelte man in den Kerker den Rat: "wie ihr euch gebettet, so könnt ihr ausschlafen". Der Boden für diese aufständische Bewegung war kaum geschält. Erst später, während der Haft der Gefangenen, nahm man sich ihr Schicksal mehr zu Herzen. Drei Geplänkel haben den Kern der Organisation in wenigen Tagen endgültig ausgetilgt. Im August 1847. wurden die Teilnehmer der posener Verschwörung vor ein Sondertribunal geladen. Das Gerichtsverfahren hat in ganz Europa Aufsehen und im Lande Aufregung erweckt. Die deutsche Demokratie war den Angeklagten gewogen, da sie in ihnen Verbündete im Kampf um die Rechte des Volks erblickte. Die Verteidigung übernahmen die besten polnischen und deutschen Fürspreche. Das Urteil war trotzdem streng. Von den 254 Angeklagten sind 58 verurteilt worden, wovon 8 zu Tode und die übrigen zu langer oder lebenslänglicher Festungshaft. Die Verurteilten, welche Berufung eingelegt haben, befanden sich während des Ausbruchs der Märzrevolution im berliner Gefängnis in Moabit. Der in Wallung geratene Pöbel führte sie von dort im Triumph hinaus und der König erteilte ihnen eine sofortige Amnestion. Dies geschah alles im Geiste der Zeiten, Gegen die aufständischen Polen war man in Preussen und im ganzen Reiche beileibe nicht empört. Im Gegenteil, es wird immer mehr an die Errichtung eines polnischen, vermittels einer Union an



Deutschland gebundenen Staates gedacht. Ein solches Vorhaben hatte sogar in den höchsten Ständen Preussens zahlreiche Anhänger, insbesondere angesichts der von Russland her drohenden Kriegsgefahr. Nikolaus I. wollte nämlich seinen Willen im ganzen Europa durchsetzen. Der königliche Kommissar Willison gibt später zu, dass er während seiner Reise nach Posen mehr an die Errichtung einer Union mit Polen als an die Organisation der Verwaltungsbehörden dachte. Das Letztere sollte seine unmittelbare Aufgabe sein. Die diesbezügliche königliche Urkunde hat Graf Arnheim, Minister des Äusseren verfasst, welcher die Provinz Posen zum Ausgangsgebilde des wiederauferstehenden Polens gestalten wollte.

Diese polenfreundliche Richtung dauerte aber nicht lange. An seine Stelle traten wiederum, die in der friederizianischen und den Zeiten der Teilung herrschenden Ansichten. Die deutsche öffentliche Meinung begann, jetzt wie früher, dem polnischen Staate das Recht zum selbständigen Dasein zu verweigern. Man behauptete, dass Polens Selbstständigkeit für Preussen mit dem Verluste des Grossfürstentums Posen und vielleicht auch von Westpreussen enden müsse. Von einem Extrem fiel man plötzlich in das andere. Die Überlieferung polenfeindlicher Einstellung nahm durchweg die Oberhand. Gervinus, der Verleger der "Deutschen Zeitung", dieses bisherigen Verkünders eines freien Polen, ging unversehens in das gegnerische Lager über. Einer der hervorragendster preussischen Stabsoffiziere veröffentlicht im Mai 1848. eine Flugschrift, in der er beweist, dass sogar im Kriegsfalle der polnische Staat keine Bedeutung als Puffer haben würde. Ein anderer Angehöriger der Landstreitkräfte, Major Voigts-Retz, bewies ebenfalls die Unzulässigkeit eines Vezichts, sei es bloss nur auf ein Stück der Provinz Posen,

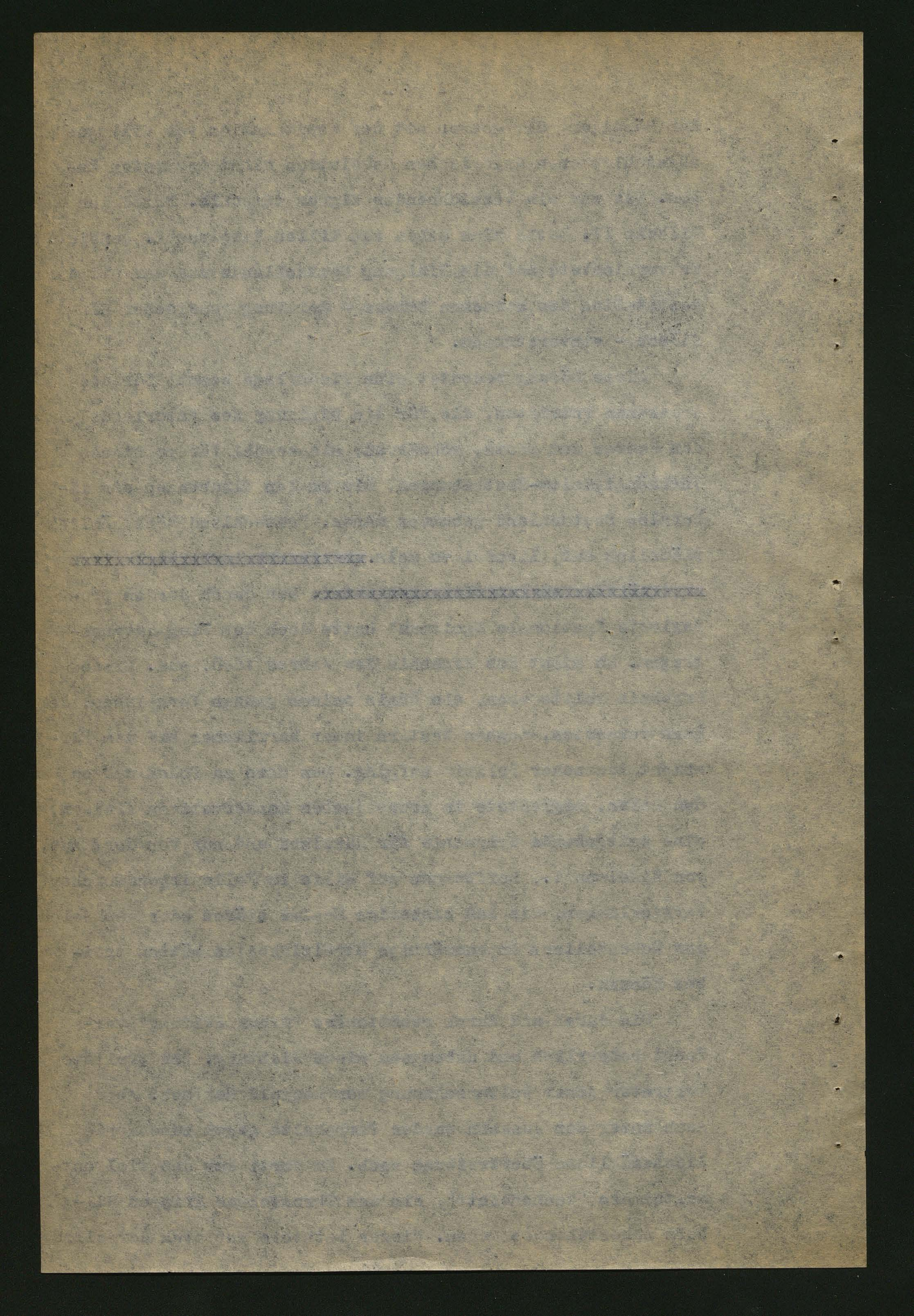
geschweige denn auf den östlichen Teil der Mark und folgert, dass die Belassung des posener Gaus an Preussen "als Lebensfrage betrachtet werden muss". In öffentlichen Versammlungen wiegen bereits polenfeindliche Stimmungen vor. Die an der Ostgrenze ansässigen Deutschen beginnen die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu formen. Einen besonderen Eindruck machte bei einer Grosskundgebung in Berlin am 3. April, das Erscheinen eines Juden aus Posen, welcher Gewalttaten, die die polnische Bevölkerung an Deutschen verübt haben sollte, in grellen Farben schilderte. Bei dieser Versammlung war Otto Bismarck, damaliger Landtagsabgeordneter anwesend. Seiner Überzeugung hat er zwei Tage später in der Reichstagssitzung Ausdruck gegeben, und verfasste auch einen Aufsatz für die "Magdeburger Zeitung", in welchem er die versöhnliche Politik der Regierung den Polen gegenüber, als Donquichotterie bezeichnet. In jedem Versuche für den Wiederaufbau Polens etwas zu tun, sieht er einen Anschlag gegen Preussens zukünftige Integrität. Der Aufsatz ist durch die Schriftleitung vorläufig abgelehnt worden. Veröffentlicht wurde er erst 1886., während einer Parlamentsdebatte über die Ernennung einer Ansiedlungskommission, als ein Beweis der Ideenstetigkeit des Kanzlers im Problem der Ostmarken. In den Beratungen des alldeutschen Parlaments zu Frankfurt leistet dem Kanzler Bismarck der junge, liberale Abgeordnete Jordan seinen Beistand. Seine Anschauungen über die Polenfrage waren mit den Bismarckschen identisch. Sie waren auch schon vom Willen der Annäherung an Russland durchdrungen. Ja, die Zeiten ändern sich. Jede Nachgiebigkeit zu Gunsten der Polen betrachtete man als überflüssig. Die Reaktionäre kamen abermals zum Wort.

In seiner Rede im Landtag vom 6.September 1849. bedauerte Bismarck, dass Preussen die russischen Truppen in

der Bändigung der soeben mit der Kapitulation von Villagos abgeschlossenen ungarischen Revolution nicht vertreten haben. Das war ein bezeichnendes signum temporis. Friedrich Wilhelm IV. hatte sich schon zum Willen Nikolaus I. geneigt. Er verzichtete auf die Einigung Deutschlands und war mit der Restitution des morschen Bundes - der Burg russischer Einflüsse - einverstanden.

Diese Lösung bedeutet eine Niederlage sowohl für die deutschen Patrioten, die für die Einigung des Vaterlands, dem Russen zum Trotz, schwärmen, als sowohl für polnische Unabhängigkeits-Bestrebungen, die an den Glauben an ein liberales Deutschland gebunden waren. Deutschland hört nämlich plötzlich auf, liberal zu sein. Der durch Jordan propagierte "nationale Egoismus" hatte doch den Sieg davongetragen. So sieht das Ergebnis des Jahres 1848. aus. Dieses Ergebnis sollte eben, als Basis seines ganzen Verhaltens, der Mann verwerten, dessen Gestirn immer herrlicher auf dem Firmament deutscher Politik aufging. Den Hass zu Polen und zu den Polen, begleitete in preussischen konservativen Kreisen, eine weitgehende Sympathie für Russland und nur von dort aus, von Nikolaus I., hoffte man auf Hilfe im Falle irgendwelcher Verwicklungen, die das bisherige Regime stören oder das Reich der Hohenzollern in auswärtige Streitigkeiten hätten treiben können.

Die durch und durch reaktionäre "Kreuz Zeitung" verfocht beharrlich und unbeugsam diese Richtung. Der grellste Vertreter jener Weltanschauung war Leopold Gerlach. Aber auch unter den Junkern wurden Vorbehalte gegen zunehmende diesbezügliche Übertreibung wach. Zu Worte kam das viel enthaltsamere "Wochenblatt", ein dem Thronfolger Prinzen Wilhelm nahestehendes Organ. Dieser Letztere war sich der allzu



grossen Überlegenheit Nikolaus I. bewusst und gravitierte, seinen Begriffen nach, eher zu England. Seine Gemahlin, die aus dem kulturreichsten Milieu Deutschlands, aus Weimar stammende Prinzessin Auguste, hatte eine unüberwindliche Abscheu gegen die russische Barbarei. Die hervorragendsten Persönlichkeiten der liberalen Partei trauten ihr immer nicht. An der Spitze der Liberalen stand August Moritz von Bethmann-Hollweg. Er war in den fünfziger und sechziger Jahren ein Anhänger polenfreundlicher Politik - wie es Bülow bestätigt, indem er seinen Nachfolger im Kanzleramte, angreift. Noch beredsamer belichtet Bismarck die Bestrebungen dieser Absplitterung der deutschen politischen Idee, wenn er in seinen Memoiren schreibt, dass die Anhänger dieser Anschauungen die Zergliederung Russlands, die Losreissung der baltischen Provinzen samt Petresburg zu Gunsten Preussens und Schwedens, die Abtrennung des gesamten Gebiets der Republik Polen in ihren weitesten Grenzen und die Zerlegung des übrigen Landes in Klein- und Grossrussland als Ziel vorausgesetzt haben. Wie wir also sehen, wird das polnische Problem in der regen deutschen Mentalität wieder lebendig, denn das Problem besteht als ungelöste Frage europäischer Politik in potentiellem Zustande.

Der Krimkrieg mit der Erschütterung der Präponderanz des Zarentums bringt es wieder zur Tagesordnung. Indem Lord Palmerston im Jahre 1853., an der Schwelle des Krimfeldzug seinen Plan der zukünftigen Gestältung Europas entwarf, schrieb er: "Ein mächtiges Königreich Polen als Schranken zwischen Deutschland und Russland erneut". Das war seinerseits keineswegs deutschfeindlich gemeint, er wollte vielmehr das Zarenreich von Europa fernhalten und ihm die Expansion im Nahen Osten unmöglich machen, die Expansion, welche gerade die unmittelbare Ursache des Einschreitens Englands

und Frankreichs, als der Verteidiger der Integrität des türkischen Reichs, ist.

In diesem Feldzuge rechnete Zar Nikolaus I. auf die Dankbarkeit Preussens und Oesterreichs. In der Politik ist aber keine "Dankbarkeit" vorhanden.

Beide Staaten waren vor allen Dingen um ihre eigenen Geschäfte besorgt und Russland ist enttäuscht worden. Sie blieben neutral. Auch dieses war schon viel. Wären sie nämlich dem Westen zur Seite getreten, hätten sie ein für alle Male der weiteren russischen Strömung vorgebeugt, welcher Umstand eine ganz andere Gestaltung der Welt mit sich gebracht hätte. Dank der Zurückhaltung Preussens /denn die Stellungnahme Oesterreichs war zweideutig/ kam Russland vom Krimkriege mit relativ heiler Haut davon und nachdem es Atem geschöpft, begann es abermals seine enorme Rolle in den internationalen Beziehungen zu spielen.

Der höchstgradig russenfreundlichen Politik lag die Befürchtung des Wiederaufbaus Polens zu Grunde. Polen war für Berlin immer ein unbehagliches Gespenst. Der preussische Botschafter in Petersburg Graf Otto Bismarck von Schönhausen hasste diese Spukgestalt aus Leibeskräften. Dafür hatte er eine eigentümliche Schwäche für das Zarentum.

III.

Obwohl der Anfang der Regierung des Fürsten Wilhelm als Regenten, der seinen seelisch kranken Bruder vertrat, eine neuerliche Wendung zur Abschwächung der polenfeindlichen Richtung im Grossfürstentum Posen bedeutet, wo die Bevölkerung verschiedene kulturelle Berechtigungen zu geniessen beginnt - obwohl der neue preussische Minister des Äusseren Bernstorff keineswegs ein rücksichtsloser Anhänger

der reaktionären und nationalistischen Richtung ist und sich zu Russland skeptisch verhält - beharrt der preussische Botschafter an der Newa bei seiner unerbittlichen polenfeindlichen Stellungnahme. In diesem Geiste wirkt er nicht nur auf Berlin aber auch auf die politischen Kreise Petersburgs ein, vor er leider einen heftigen Widerspruch der immer mehr freisinnigen öffentlichen Meinung findet, auf den Widerstand des neuen Kanzlers Fürsten Gorczakow /Grafen Nesselrode Nachfolgers/ und zu guter Letzt auf die geschickte Taktik eines der hervorragendsten Polen, des Markgrafen Wielopolski, stösst. Dem Markgrafen Wielopolski ist es gelungen das Vertrauen des Zaren, wenigstens für eine Zeitlang, zu gewinnen.

Die Stellungnahme zur, im Königreich Polen beginnenden, "moralischen Revolution" ist in den massgebenden russischen Kreisen durchaus nicht unnachgiebig. Der Grossfürst Konstantin, des Zaren Bruder, spricht sich offen für verschiedene, den Polen zu verschaffende Linderungen aus, denn das Regime des Zaren Nikolaus I. hatte sie fürchterlich verfolgt. Fürst Gorczakow ist einem Einvernehmen ebenfalls gewogen.

In der Administrativverwaltung von Kongresspolen kommt es, trotz den manigfaltigen warschauer Kundgebungen, zu einer Reihe wesentlicher Reformen. Der Staatsrat, d.h. beinahe ein Sonderregierung, wird in Warschau wiederhergestellt und es hatten bald die Bemühungen Wielopolskis und die Tendenzen der Grossfürsten Konstantin, zum Wiederaufbau der vor 1831. gewesenen Verhältnisse geführt. Bismarck ist dadurch höchst beunruhigt.

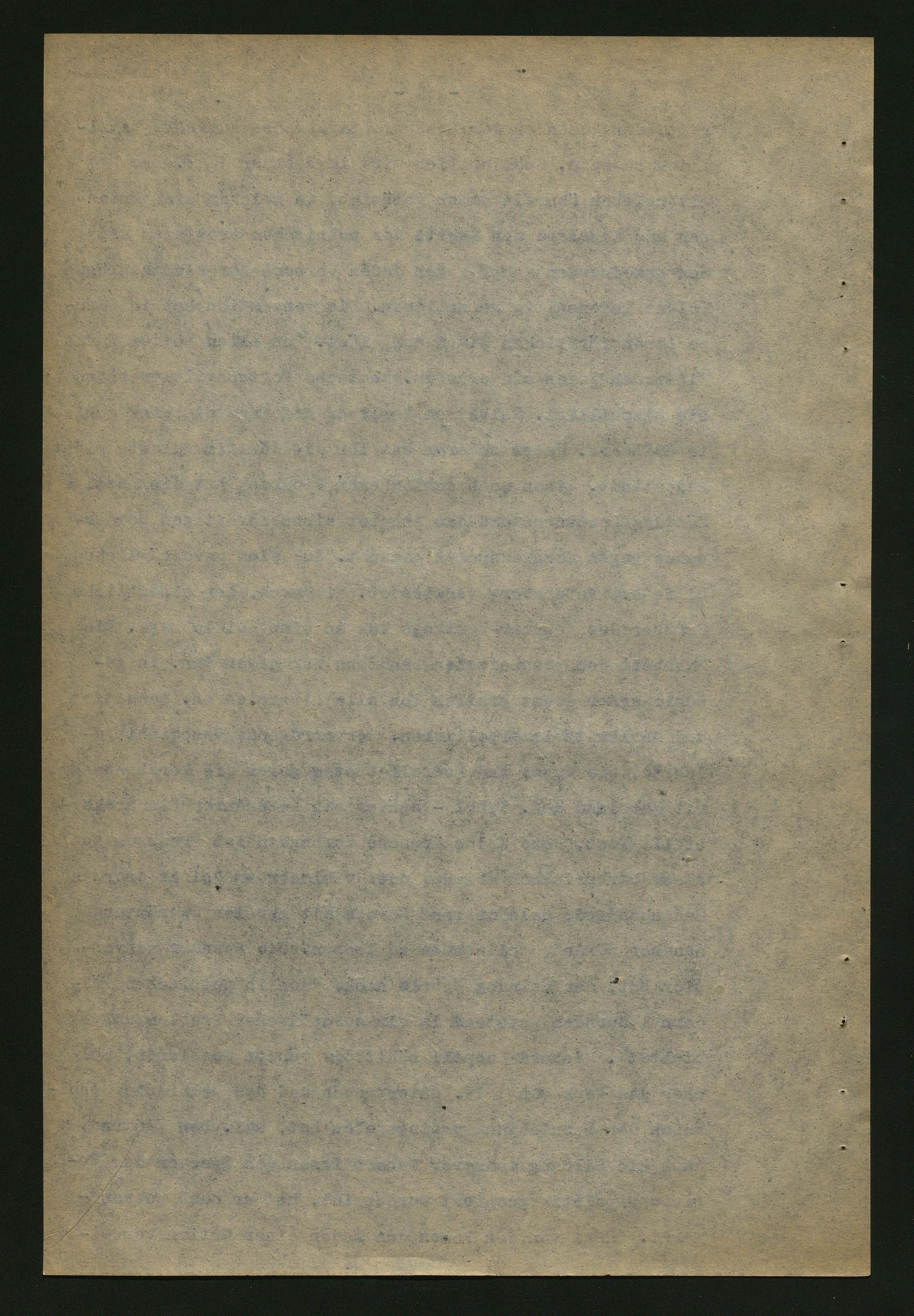
Der Gedanke an irgend ein Wiederaufbau des polnischen Problems ist für ihn nicht annehmbar. Alle Erwähnungen aus jener Zeit atmen in seinen Memoiren die höchste Empörung.

Wir entnehmen daraus, dass seine weiteren Schachzüge damals schon beschlossen waren und dass die ihnen zu Grunde liegende Bekämpfung der Polen ihm immer als Brücke zur engsten Fühlungnahme mit dem Zarentum dienen wird.

Die polnische Gefahr für Preussen übertreibt er ständig und der Notwendigkeit des Rückhalts an Russland schreibt er eine übermässige Bedeutung zu. Mit solcher politischmoralischen Einstellung verlässt er Petersburg, um sein neues, verantwortliches Amt des Botschafters in Paris zu bekleiden. Obgleich er sich dort als Frankreichs Freund erklärt und als solcher bei Napoleon III. willkommen geheissen wird, bleibt er in den Unterredungen mit dem Kaiser ein hartnäckiger Gegner der Erneung von Polen.

Nach sechsmonatigem Aufenthalte in Frankreich wird Bismarck im Jahre 1862. von Wilhelm I. aufgefordert, das Amt des Chefs der preussischen Regierung und des Ministers des Äusseren zu übernehmen. Der neue Ministerpräsident lässt die Ereignisse in Kongresspolen nicht aus den Augen. In jeder russischen Einräumung für die Polen sieht er ein für Preussen drohendes Unheil. Die Presse wird von ihm angewiesen auf die deutschen Anschaungen eine bestimmende Wirkung auszuüben und er übermittelt den diplomatischen Agenten entsprechende Instruktionen. Endlich bricht der hofnungslose Januar-Aufstand von 1863. zu seiner höchsten Genugtuung aus und gibt ihm Raum für eine fieberhafte Tätigkeit. Während die ärmlich bewaffneten polnischen Insurgenten mit regelmässigen russischen Truppen zu fechten beginnen, während England, Frankreich und sogar Oesterreich nach Petersburg Noten ergehen lassen, in denen sie die Wiederherstellung der im Wiener Kongress für Kongresspolen vorbehaltenen Einrichtungen verlangen, lässt Preussen Spähtruppen der polnischen Grenze entlang aufmarschieren und erklärt sich be-

reit, den Rusen an der Beschwichtigung des Aufruhrs behilflich zu sein. Schliesslich wird im Februar 1863. das Alvensleben Übereinkommen getätigt, in welchem sich Preussen und Russland den Besitz der polnischen Provinzen und den gemeinsamen Kampf gegen jeden Versuch der Wiederaufbaus Polens gegenseitig garantieren. Die Konvention hat in Europa einen förmlichen Sturm ausgelöst. Von allen Seiten wurde Einspruch gegen sie erhoben. Deutsche Fortschrittler haben sie missbilligt. Selbst am Berliner Hof fand sie eine schlechte Aufnahme. Unter anderen hat ihr die Königin Auguste nicht zugestimmt. Einen noch schlimmeren Eindruck hat die hastige Rüstung Preussens und das Angebot eines sofortigen Vormarsches gegen Kongresspolen gemacht. Auf eine unverzügliche Hilfe hat Petersburg verzichtet. Bismarck, der eigentliche Urheber des Februar-Vertrags kam in eine heikle Lage. Die Mehrheit des preussischen Landtags war gegen ihn. In geschlossener Front greifen ihn alle Liberalen an. Schultze und Carlowitz interpellieren. Hervorragende Geschichtsgelehrte, wie Sybel und Roepell treten gegen die Verabredung mit Russland auf. Sybel - später ein Bewunderer Bismarcks - stellt fest, dass keine Ursache vorhanden ist Preussen an einem barbarischen Kriege, oder vielmehr an "einer enormen Menschenjagd, welcher ganz Europa mit moraler Entrüstung zusehen würde", teilnehmen zu lassen. Die Februar-Konvention hat, der Meinung Sybels nach, "den in polnischen Wäldern lodernden Aufstand in ein europäisches Problem umgestaltet". Richard Roepell zählt die Sünden Russlands, welches das Werk von 1815. untergraben und das polnische Schulwesen der Vernichtung preisgegeben hat, auf. Den Umstand, dass die Bildung mehrerer Generationen den Zwecken der Regierungspolitik geopfert worden ist, hat er auch gebrandmarkt. "Darf man den Polen den Namen einer Nation verwei-



gern" - fragt er - "sie haben doch Jahrhunderte ruhmreicher Vergangenheit hinter sich". "Meine Herren" - sprach er - "ein solches Volk stirbt nicht". Trotzdem mehr als 60 Jahre verflossen, seitdem sein politisches Dasein vernichtet wurde, lebt es immer weiter. Wer von uns ist so beherzt ihm den Drang zum Leben und - solange in ihm noch der letzte Hauch nationalen Bewusstseins wach ist - das Streben zur Unabhängigkeit mit reinem Gewissen übelzunehmen." Die Februar-Konvention, behauptet er weiter, hat auf Preussen die Pflicht auferlegt Blut und Gut seiner Bürger zur Vervielfältigung der Zarenmacht, die ohnehin mit ihrer ganzen Schwere den Druck von Osten her ausübt, zu opfern.

Der Abgeordnete Roenne klagt die Handvoll, das Steuer der Regierung haltender, konservativer Junker an, sich nicht nur um dem polnischen Aufstande entgegenzuwirken, aber auch zur gemeinsamen Vernichtung von Fortschritt und Freiheit mit Russland gebunden zu haben. Er warnt auch vor dem Zarenreich welches in der Zukunft nicht immer ein Riese auf Steltzbeinen sein wird und, wenn auf seine Bestandteile nicht zerschlagen, seine Herrschaft dem ganzen Europa aufzwingen kann. Der begabte Publizist Becker lässt sich in eine gründliche geschichtliche Ableitung ein, um tendenziöse, Polens Untergang betreffende Fälschungen zu berichtigen. Vor seinem endgültigen Verfall stand Polen an der Schwelle der Wiedergeburt.

"Das Stadtprivileg von 1791. und die Verfassung vom 3.Mai desselben Jahres sind Urkunden, aus denen man entnehmen und dann zugestehen muss, dass damalige polnische Staatsmänner nicht nur diejenigen, die in Preussen anno 1791. lebten, aber auch den dort im Jahre 1863. lebenden vorangegangen sind".

Der Abgeordnete Twesten machte darauf aufmerksam, dass

das auferstehende Polen ein für Preussen keineswegs gefährlicherer Gegner, als das imperialistische Russland sein wird. Die grösste Gefahr besteht in der Verbindung beider slavischen Völker. Die vom wirtschaftlichen Standpunkte nachteiligen Folgen des Übereinkommens hat der bekannte Nationalökonom Schultze-Delitsch, ebenso wie Simon, erleuchtet. Die Obern der Berliner, Stettiner und Danziger Kaufmannschaft haben bei dem Handelsminister gegen die, ihre Geschäfte benachteiligende Politik Einspruch erhoben. Das Ergebnis der Abstimmung über die Interpellation war nur zu vielsagend; 246 Stimmen für und 57 gegen sie. In der Erörterung fiel es auf, dass niemand über die Möglichkeit sprach, an Polen seine ehemaligen, zu Preussen gehörenden Gebiete abzutreten. Für die seit 1848. stattgefundene Evolution war das bezeichnend. Willisons, Arnheims und Bunsens Überlieferung gehörte der gewesenen Zeit. Bismarck wurde in seiner Stellungnahme durch den stets folgsamen König Wilhelm unterstützt und wich daher nicht zurück.

Das allgemeine Verhältnis des zukünftigen Kanzlers zu Russland und zu den Polen äussert sich in der Alvenslebenschen Übereinkunft. Die Solidarität mit dem Zarentum um jeden Preis zu wahren und niemals eine Möglichkeit der Auferstehung Polens aufkommen zu lassen, das ist die Base seiner politischen Ideologie. Er setzt alles auf eine Karte. Es fehlt nicht mehr viel zur Kriegserklärung Frankreichs, Englands und Oesterreichs gegen Russland, wodurch Preussen, kraft der Umstände, unwillkürlich mit in den Krieg gezogen wäre.

Diesen Kampf hätte es sicherlich verloren, denn seine Armee stand noch nicht auf der späteren Organisationsstufe und Russland war vom Krimfeldzug noch nicht erholt. Frank-

reichs neue, gegen die Petersburger Regierung gerichtete Note, lautet hart. Napoleon ruft den Polen die Parole zu: "durez"..... und ist überzeugt, dass er ihnen bald mit wahrhafter Hilfe eilen wird. England will aber über diplomatische Überredungen nicht hinauskommen. In seinen "Gedanken und Erinnerungen" erwähnt Bismarck, von Dankbarkeit erfüllt, den "edlen Lord Russel", der das Blutvergiessen und den für Preussen unsaglich gefährlichen Kampf verhindert hat. Wie zu meinen ist, war England in Angst - nicht zum ersten Male in der Geschichte - um die übermässige Zunahme der Bedeutung Frankreichs als Erlösers der unterdrückten Völker. Italien hat ja seine 1865. vollzogene Einigung dem französischen Staate zu verdanken. Polen fällt dieser englisch-französischen Konkurenz zum Opfer. Die preussisch-russische Freundschaft gewinnt dagegen an Beständigkeit.

Den Profit dieser Freundschaft lässt sich Bismarck im Jahre 1866. und 1870. angedeihen lassen, denn jedesmal ist sein Rücken gedeckt. Gute Beziehungen zu Russland hindern Bismarck nicht, doch noch insgeheim verschiedene, mit dem Verlauf des polnischen Problems zusammenhängende Möglichkeiten zu erwägen. In den Erinnerungen und Notizen einer Reihe prominenter Polen, wie Kłobukowski, Wł. Plater, Kołaczkowski u.a.m. finden wir Beweise, dass der preussische Ministerpräsident bis 1870. privatim wiederholt die Möglichkeit prüfte, aus Polen-in verschiedenen Kombinationen und Grenzen-irgendeinen Staat zu bilden, welcher eine Neugestaltung Europas erleichtern würde. Einer der nächsten Mitarbeiter Bismarcks, Moritz Busch, Journalist und Geschichtsschreiber, hat in seinem Tagebuch des 1870-1871. Feldzugs sehr bezeichnende Äusserungen des zukünftigen Kanzlers über die Beziehungen Preussens zur polnischen Frage aufnotiert. Sie

trugen keine Merkmale praktischer Vorhaben, verrieten doch in den Erwägungen Bismarcks eine gewisse Zwiespaltigkeit. Er suchte sich auch, wie man sieht, ein Urteil über eine Art dynastischer Union Polens mit Preussen zu bilden. "Die Bedeutung Ungarns für Oesterreich hatte Polen für uns" erklärt er dem Delbrück. Gleichzeitig fügt er hinzu, dass er dem Thronfolger riet, seinem Sohne die polnische Sprache beizubringen.

Solche Fragmente lassen die Meinung zu, dass im Werdegang der Grösse der Hohenzollern der Gedanke an den Aufbau ihrer dynastischen Herrschaft über das vermittels einer Union verpflichtete Polen, bei Bismarck nicht bloss eine Reminiszenz an die Vergangenheit war, sondern ihm manchmal als augenblicksbetont erschien. Vor allen Dingen beschäftigt ihn aber die Idee der Integrität Deutschlands.

Nun kommt der Tag, an welchem Oesterreich aus dem Reich ausscheidet und fünf Jahre später der König Wilhelm von Preussen zum deutschen Kaiser und der Graf Bismarck zum Fürsten Bismarck wird. Das Werk der Einigung Deutschlands ist vollzogen. Der "Eiserne Kanzler" steht im Scheitelpunkt seiner Erreichungen und seines Ruhms. Jetzt ist bereits nicht mehr Russland, sondern Preussen an der Reihe die erste Stelle auf dem Kontinent einzunehmen. In Petersburg wird es aber ziemlich rasch begriffen. Alexanders II. Sympathien zu Deutschland dauern fort, die politischen Ideen Russlands werden aber immer tiefer von der Slavophilie durchdrungen und weisen ihm den Weg zur Konsolidierung aller Slaven. Vorläufig bleibt der Augenmerk der Russen auf dem Balkan heften, wer weiss aber was weiter geschehen wird. Zum serbischen Aufstande eilen von Russland aus viele Freiwillige. Im Jahre 1878. bricht der Krieg mit der Türkei aus und geht nach

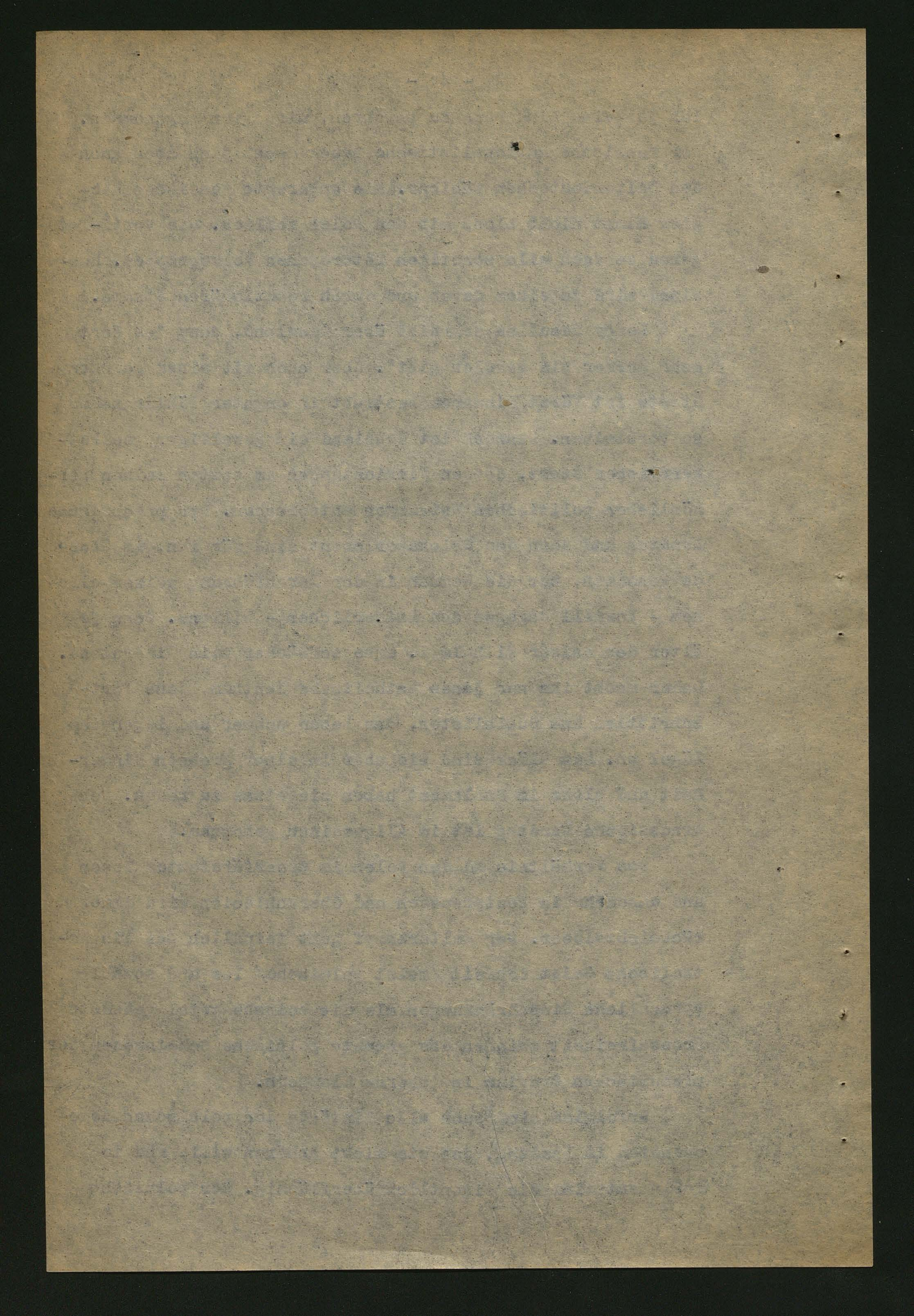
einem Jahre, mit der Erlösung aller Balkanstaaten vom türkischen Joch und dem für Russland äusserst vorteilhaften, zeitweiligen Frieden von San Stefano zu Ende. Dieser Erfolg wird aber durch Bismarck, welcher als "redlicher Vermittler" auftrat und den Berliner Kongress herbeigeführt hat, gemindert. Das dort gedemütigte Russland wird es den Deutschen nie mehr verzeihen, umsomehr als nach der, durch russische Revolutionäre verübten Ermordung Alexander II. den Zarenthron der deutschfeindliche, hartnäckige, mit der dänischen Königstochter verehelichte Alexander III. besteigt. Bald stellt es sich heraus, dass trotz der Mitwirkung im polnischen Problem, Deutschland und Russland, den Wünschen des deutschen Kanzlers zum Trotz, weiterhin nicht mehr den selben Weg beschreiten werden. Schon Alexander II. liess die wiederholte Zertrümmerung Frankreichs nicht zu, da er die ständig anwachsende und für ihn sehr gefährliche Überlegenheit Deutschlands merkte. Alexander III. geht noch weiter: er beginnt alle deutschen Einflüsse in russischen Regierungskreisen allgemach zu beseitigen und wendet langsam seine Sympathien nach Paris zu, obwohl dort ein republikanisches, diesem Autokraten verhasstes Parlament regiert. In der Wilhelmstrasse beginnt man den Folgen dieser Symptome Rechnung zu tragen. Der deutsch-oesterreichisch-italienische Dreibund kommt also zu Stande und zugleich setzen weitgehendste Repressalien in den zu Preussen gehörenden polnischen Gebieten ein. Das erste ist eine Rückversicherung für den Fall eines Abbruchs der Beziehungen mit Russland, das zweite ist sozusagen ein Lockmittel für Alexander III., der trotz seiner "Slavophilie" ein entschiedener Feind der Polen ist. Die Ausrottung des Polentums in Deutschland ist in Petersburg tatsächlich willkommen, obwohl dort bereits weitere Sicht wahrgenommen wird. Jeder gute Rat Berlins, um den Po-

len ja keine Linderung zu gewähren, wird gern angenommen. Der russische nationalistische Druck macht sich aber auch den Baltendeutschen fühlbar. Die angeregte russische Habgier nimmt nicht bloss mit den Polen vorlieb. Sie vertielgt genau so auch alle sonstigen heterogenen Volksgruppen. Russland wird zu einem durch und durch reaktionären Staate.

Leroy Beaulieu schreibt über Russland, dass "es dort mehr Kerker als Schulen gibt". Aber auch mit einem solchen Staate ist Fürst Bismarck bestrebt in engster Fühlungnahme zu verbleiben. Dennoch ist Russland ein gewaltiger, selbstherrlicher Staat, dessen Einrichtungen am besten seinen persönlichen politischen Neigungen entsprechen. Der preussische Landtag und dann das Reichsparlament sind für ihn, im Grunde genommen, nur die Hemmen in der Durchführung seines eigenen - formell dagegen des kaiserlichen - Willens. Denn je älter der Kaiser Wilhelm I. umso schwächer sein Widerstand. Daher macht ihm nur jenes Katholische Zentrum, jene Fortschrittler und Sozialisten, das Leben schwer und legen ihm Zügel an. Zum Glück sind sie aber in einer grossen Minderheit und bloss im Parlament haben sie etwas zu reden. Der preussische Landtag ist im Allgemeinen gehorsam.

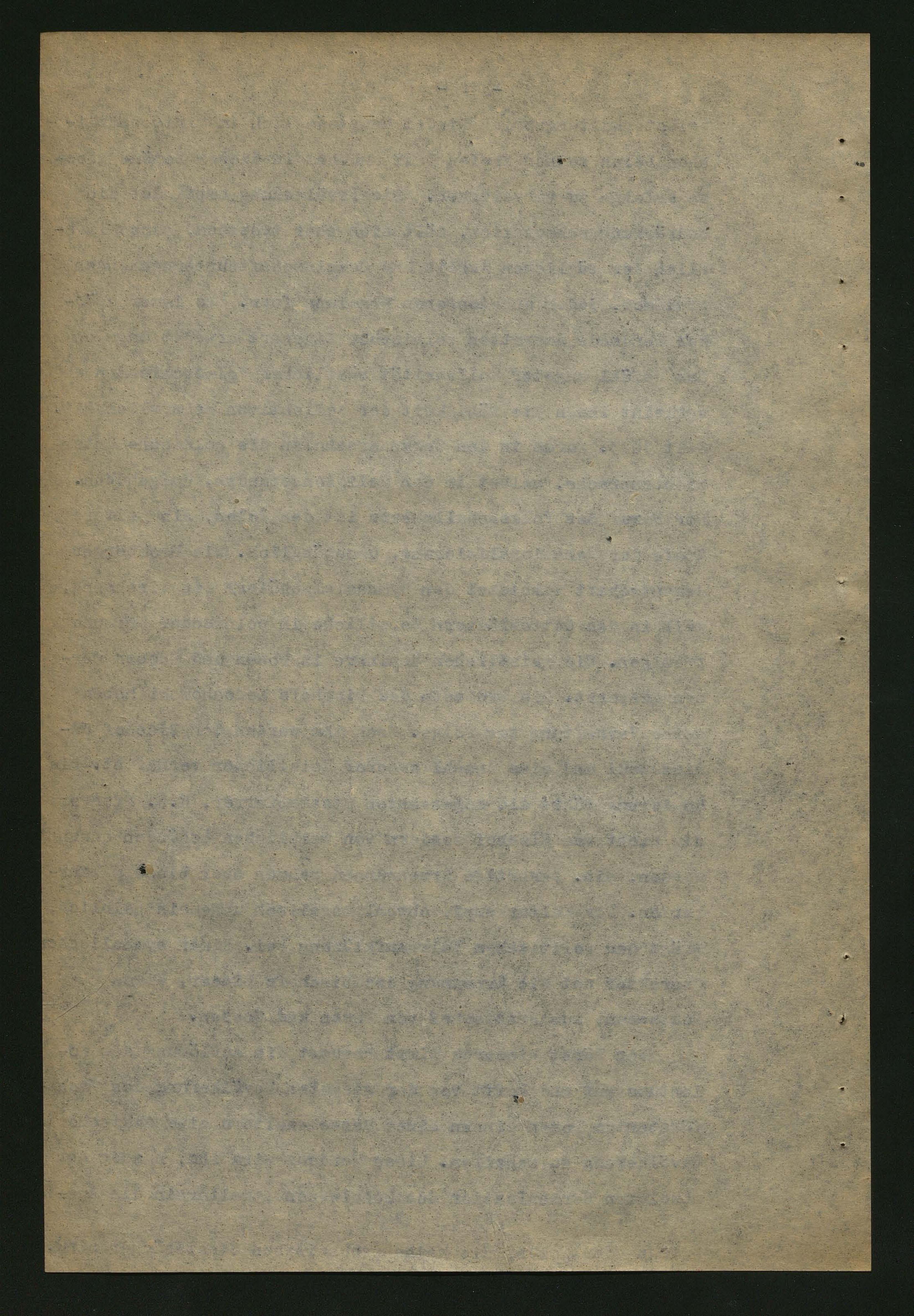
Das Verhältnis zu den Polen im Grossfürstentum Posen und umsomehr in Westpreussen und Oberschlesien wird immer rücksichtsloser. Der Kulturkampf geht feindlich auf die katholische Geistlichkeit /meist polnische/ los und sowohl sprachliche Einschränkungen als die beinahe total gehemmte Pressefreiheit zwingen das gesamte polnische Gemeinwesen der preussischen Provinz in eherne Klammern.

Erfolglos sind auch alle Einwände der polnischen Abgeordneten im Landtag, der sie nicht anhören will, und im Parlament sind sie eigentlich überflüssig. Der polnische



Selbsterhaltungstrieb findet hauptsächlich im wirtschaftlichen Leben seinen freien Lauf und hat in dieser Domäne grosse Erfolge zu verzeichnen. Die Bevölkerung empfindet die Bedrückung schmerzlich, hält sich aber trotzdem, ausschliesslich der täglichen Arbeit und Gemeinschaftsunternehmungen gewidmet, jeder unbesonnenen Handlung fern. Das immer stärker werdende Ausrotten polnischer Eigenart erweckt dagegen das Gefühl engster Solidarität sämtlicher Volksschichten und verleiht ihnen die Fähigkeit der kollektiven Beharrlichkeit. Seit 1873. wurde in den Sekundarschulen die polnische Unterrichtssprache, selbst in den Religionsstunden, aufgehoben. Der Beruf des Volksschullehrers ist den Polen, als weitere Stufe der Denationalisierung, unzugänglich. Die Bromberger Regentschaft verbietet den Gymnasialschülern den Kirchgang, weil in den Gotteshäusern Geistliche in polnischer Sprache predigen. Die geistlichen Seminare in Posen und Gnesen werden gesperrt. Die Proteste des Bischofs Ledochowski haben seine Verhaftung zur Folge. Nach ihm werden der Bischof Janiszewski und eine Anzahl anderer Geistlicher verhaftet. Die Regierung führt die sogenannten Staatspfarrer, d.h. Pfarrer die nicht vom Bischof sondern von weltlichen Behörden ernannt werden, ein. Derartige Ernennungen nehmen aber bloss 8 Pfarrer an. Der Kulturkampf, obwohl moralisch ungemein peinlich, trägt der politischen Volksaufklärung bei. Einen symbolischen Charakter hat die Ernennung des Bischofs Binder, eines Deutschen, zum Erzbischof von Posen und Gnesen.

Der Fürst Bismarck nimmt bewusst die Auflösung des Polentums auf und hofft von der gesamten Bevölkerung des Grossfürstentum Posen binnen eines Menschenalters eine deutsche Bevölkerung zu schaffen. Diese Tendenz wird ihm, ausser der absoluten Germanisation des Schulwesens, weiterhin die Ausweisung der Polen, die keine preussischen Staatsbürger sind,



und die Errichtung der sogenannten Ansiedlungskommission eingehen.

Im Laufe des 1885. Jahres hat die preussische Regierung ungefähr 40.000 im Grossfürstentum und im Westpreussen ansässiger Polen ausgesiedelt. Unter den Ausgesiedelten gab es Leute die bereits in der zweiten Generation in Deutschland ansässig waren, und auch solche die im französischen und oesterreichischen Kriege teilnahmen, unbeholfene Greise die ihr ganzes Leben in der preussischen Provinz verbracht haben, einsame Weiber und verwaiste Kinder. Jene sogen. "Preussische Landesverweisung" war weltberühmt. Die polnische Interpellation im preussischen Landtag ist, wie gewöhnlich, abgelehnt worden; im Reichstag dagegen hat sie die Mehrheit des Hauses unterschrieben. Bismarck erklärte, dass das Parlament eine in dieser Angelegenheit nicht zuständige Instanz sei. Der Führer des Zentrums Windhorst hielt trotzdem eine äusserst kräftige Rede, nach welcher Bismarck den Beratungssaal nebst sämtlichen Mitgliedern der Regierung verliess. Bei späteren Debatten anlässlich der Bestätigung des Kanzlergehalts, kam es wiederum zur Erörterung der Zustände im Grossfürstentum Posen. Da hat Bismarck klar und deutlich erklärt, dass sich die Regierung auf dem was sie bisher getan nicht beschränken wird, sondern in ihrer polenfeindlichen Politik noch weiter greifen wird. Im folgenden Jahre 1886. zeichnete sich tatsächlich in der Thronrede das Programm der Germanisationspolitik deutlich ab, und während der Diskussion im Landtag über den Entwurf der Ansiedlungskommission hat Bismarck erklärt, dass der Staat die Enteignung polnischer Gutsbesitzer beabsichtigt. Als ihm daraufhin erwidert wurde, dass sämtliche Staatsbürger Rechtens ebenbürtig sind, antwortete Bismarck: "der Staat, der sich im Kampfe sein Da-

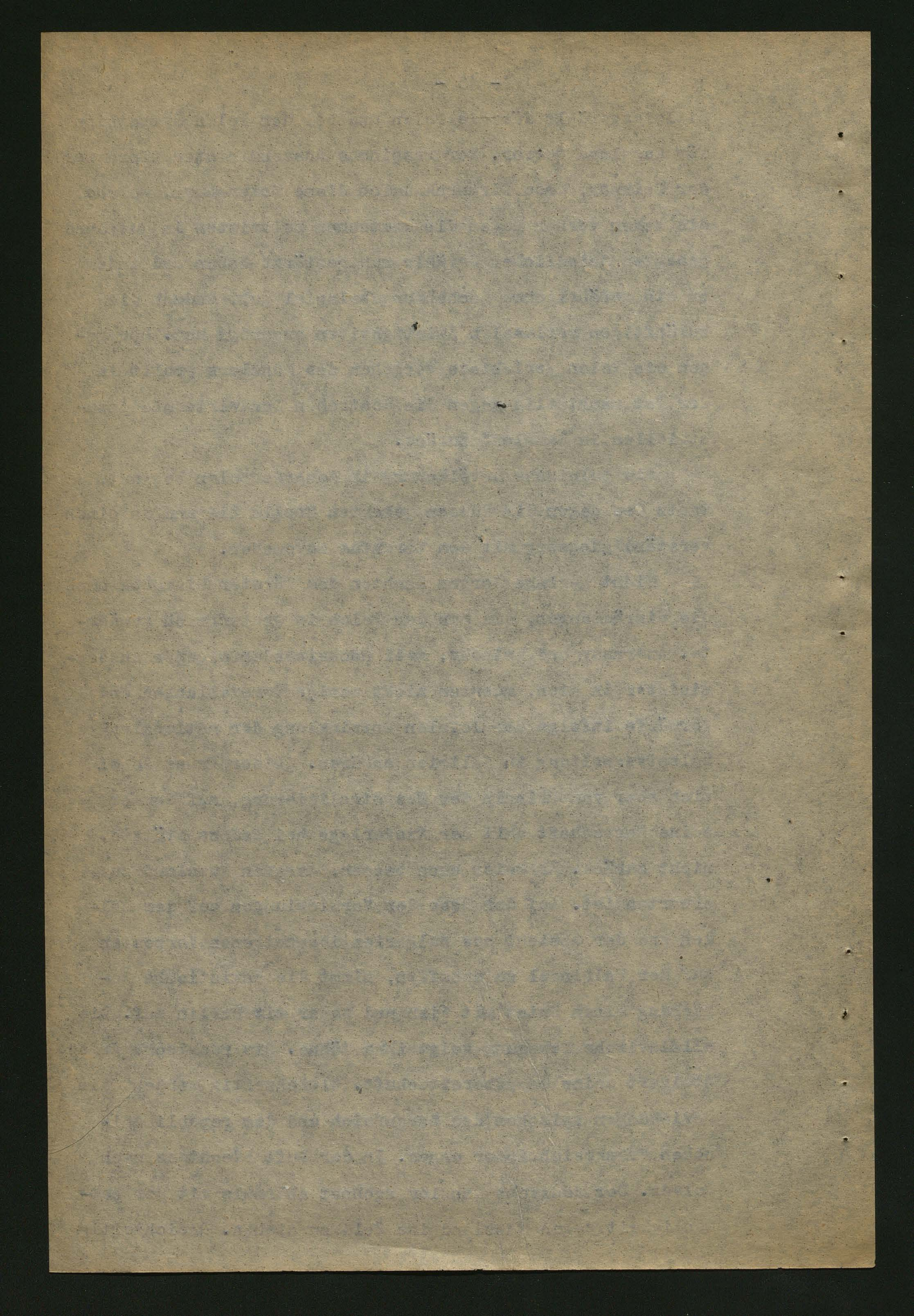
sein sichern muss ist nicht immer im Stande, sei es im Kriege oder im Frieden, auf gebahnten Wegen zu schreiten". Sólche Prinzipien lagen also der Errichtung der Ansiedlungskommission zu Grunde. Ihr Zweck war, möglichst viel Boden von polnischen Händen loszureissen. Die Kosten berechnete der Kanzler vorläufig auf 100 Millionen Thaler, und äusserte die Hoffnung, dass der polnische Adel dies Geld bald in Monaco verspielen wird. Der preussische Landtag nahm offenbar den Regierungsantrag mit der Mehrheit von 240 gegen 120 Stimmen an. Für den Anfang, ist ein Kredit für Ansiedlungszwecke im posener Gau, im Betrage von 100 Millionen Thalern zugesagt worden. Deutsche Bauernhöfe sollten, mit Hilfe der Ansiedlungskommission, den polnischen Grossgrundbesitz ersetzen. Die Regierung hoffte 200.000 Hektar aufzukaufen und 40.000 deutsch Kolonisten anzusiedeln. Es sei hinzugefügt, dass der Besitz der polnischen Gutsherren im Jahre 1886. kaum 40% des gesamten Grossgrundbesitzes im Grossfürstentum Posen ausmachte. Aber auch dieses Verhältnis erschien der damaligen preussischen Regierung als zu bedrohlich.

Die scharfe polenfeindliche Richtung, die Bismarck abermals einleitete, machte in Russland keinen guten Eindruck. Sogar Petersburg, mit welchem zweifellos auch deshalb getändelt wurde um die Vernichtung des Polentums in preussischen Gebieten zu begründen, ging auf die Aussiedlungen, die mit weitgehendster Rücksichtslosigkeit durchgeführt wurden, nicht solchermassen ein, als es der Kanzler erhoffte. Der russische Innenminister Graf Tołstoj hat die Beweggründe der polenfeindlichen Massnahmen Bismarcks anerkannt, gleichzeitig gab er aber dem deutschen Botschafter Schweinitz zu verstehen, dass Bismarck einen grossen Fehler begangen hat. Durch seine Landesverweisungen rief er plötzlich in Russland

Mitleidsgefühle für die Polen und bei den Polen Sympathien für Russland hervor. Der russische Aussenminister Giers war der Meinung, dass Bismarck durch diese Massnahmen, welche, die schon vorher gegen die deutschen Kolonisten in Russland gehegten feindlichen Gefühle nur gestärkt haben und indem er ein gefährliches Nachahmungsbeispiel gab, daduch die zukünftigen nationalen Zwistigkeiten angeregt hat. Das gegen die Polen gerichtete Vorgehen des Kanzlers prallt in der Tat nachteilig gegen die deutschen Landwirte und Industriellen in Russland zurück.

Die polnische Bevölkerung in Kongresspolen beginnt, trotz des gegen die Russen gehegten Grolls hie und da einen Verständigungsweg mit dem Zarentum zu suchen.

Nicht geringe Sorgen machten dem Fürsten Bismarck auch die Einräumungen, die man den Polen in Oesterreich gewährte. Andrassy und Kalnoky, zwei nacheinanderfolgende Aussenminister in Wien, mussten nicht wenige Vorstellungen und Vorwürfe infolge der loyalen Entwicklung der nationalen Selbstverwaltung in Galizien anhören. Kaiser Franz Josef wich aber vom Prinzip der Dezentralisierung, auf dem er seine Herrschaft seit der Niederlage bei Sadowa stützte, nicht zurück. Er weiss auch besser, was von Russland zu erwarten ist. Auf der Base der Verwicklungen auf dem Balkan und der Absicht aus Bulgarien ihreneigenen Vorposten auf der Halbinsel zu schaffen, nimmt die zaristische Regierung einen Zwist mit Wien und sogar mit Berlin auf. Die allslavische Bewegung zeigt ihre Zähne. Die russische Armee steigert seine Kampfbereitschaft. Gleichzeitig werden die Beziehungen zwischen dem Zarenreich und dem republikanischen Frankreich immer enger. In der Luft riecht es nach Pulver. Der deutsche Kanzler rechnet abermals mit der Notwendigkeit gegen Russland ins Feld zu ziehen. Gleichzeitig



keimen in seinen Gedanken neue Entwürfe zum polnischen Problem. Als im März 1887., während seines Besuches in Berlin, der oesterreichische Thronfolger Rudolf bedauerte, dass sich Deutschland in den Streit um Bulgarien nicht einmischen wolle, erteilte ihm Bismarck einen ziemlich kühnen Rat: "es ist nur energisch vorzugehen und im Bedarfsfalle einen Aufstand in Kongresspolen zu entfachen". Im Oktober 1887. bekam Crispi vom Bismarck auch unerwartete Worte zu hören: "Russland ist seines Heeres nicht sicher. Die Grossmacht scheint unverwundbar zu sein, aber so ist es nicht. Sein schwacher Punkt ist Polen. Oesterreich geniesst in Polen Sympathie. Wenn wir den Polen ein wenig zum Aufstand verhelfen, werden sie sich befreien und einen Staat mit einem Erzherzog an der Spitze schaffen können". Am 8. Januar 1888. hat der preussische Minister Lucius in seinem Tagebuch vermerkt, dass Bismarck wieder die Möglichkeit eines selbständigen polnischen Staates unter der Herrschaft eines oesterreichischen Erzherzogs, selbstverständlich ohne Überlassung der zu Preussen gehörenden polnischen Gebiete überholt. Im Juli 1888. hat General Waldersee hinsichtlich einer Besprechung mit dem Kanzler folgende Bemerkung notiert: "im Falle eines Krieges im Osten, müssen wir unverzüglich zur Offensive übergehen, wir dürfen jedoch nicht über polnische Gebiete hinaus und müssen dann Polen aufbauen. In dieser Hinsicht bestand zwischen uns kein Meinungsunterschied".

Diese Stellungnahme des deutschen Kanzlers in Bezug auf die polnische Frage, in welcher er nolens volens einen aktiven Faktor der Neuordnung Europas sieht, steht jedoch in sonderbarem Gegensatz zur inneren Politik Preussens bezüglich der Polen, die ja fast ausschliesslich ein Werk Bismarcks ist. Diesem Werk widmete er bestimmt zu viel sei-

nes Temperaments. Er unterlag auch der Autosuggestion. Es schien ihm, dass er durch das Niederfechten der Polen die Reste der Revolution vom Jahre 1848., die er so sehr hasste, bekämpft. Er hat sich dem hartnäckigen Wahn hingegeben, die Polen seien ein unaufhörlicher revolutionärer Gärstoff der ganzen Welt. Dies war eine unbegründete Meinung. Alle polnischen Aufstände hatten den einen Ausgangspunkt: sie entstammten dem Willen zum Wiederaufbau des Vaterlands und zur Wiedergewinnung der natürlichen Rechte, die jedem grossen Volke zustehen. Mit den sozialen Bewegungen hatten diese Aufstände nur eine zufällige Berührung. Im polnischen Gemeinwesen war im Laufe des XIX. Jahrhunderts, die konservative Richtung fast immer überlegen. Sie ist keinem staatlichen Prinzip bedrohlich. Eine nationale Agression ist bei den Polen auch schwerlich zu merken. Diese ist dagegen vollständig auf der russischen und preussischen Seite. Die Polen nehmen gegen dieselbe eine Abwehrstellung ein. Während dieses ganzen Jahrhunderts fehlt es auch xxx bei den Polen nicht an Zeichen eines möglichen Vergleichs.

Den Aufstand von 1830. hat Nikolaus, durch seine völlige Geringachtung der konstitutionellen Grundlagen der Verfassung Kongresspolens sowie durch seine angeborene Tyrannei verursacht. Nach 30 Jahren kommt wieder Wielopolski zum Wort, und versucht das polnische Volk mit Russland zu versöhnen. Im Grossfürstentum Posen offenbaren sich bei den Polen auch ausdrückliche Verständigungsbestrebungen. Der Adel, die Geistlichkeit sowie auch die städtische Bevölkerung sind in ihrer Mehrheit bereit, sich der politischen Lage zu fügen; es wird von Preussen nur die Einhaltung der Bedingungen des Wiener Kongresses gewünscht. Die Wirklichkeit aber zwingt sie allen Hoffnungen in dieser Hinsicht zu ent-

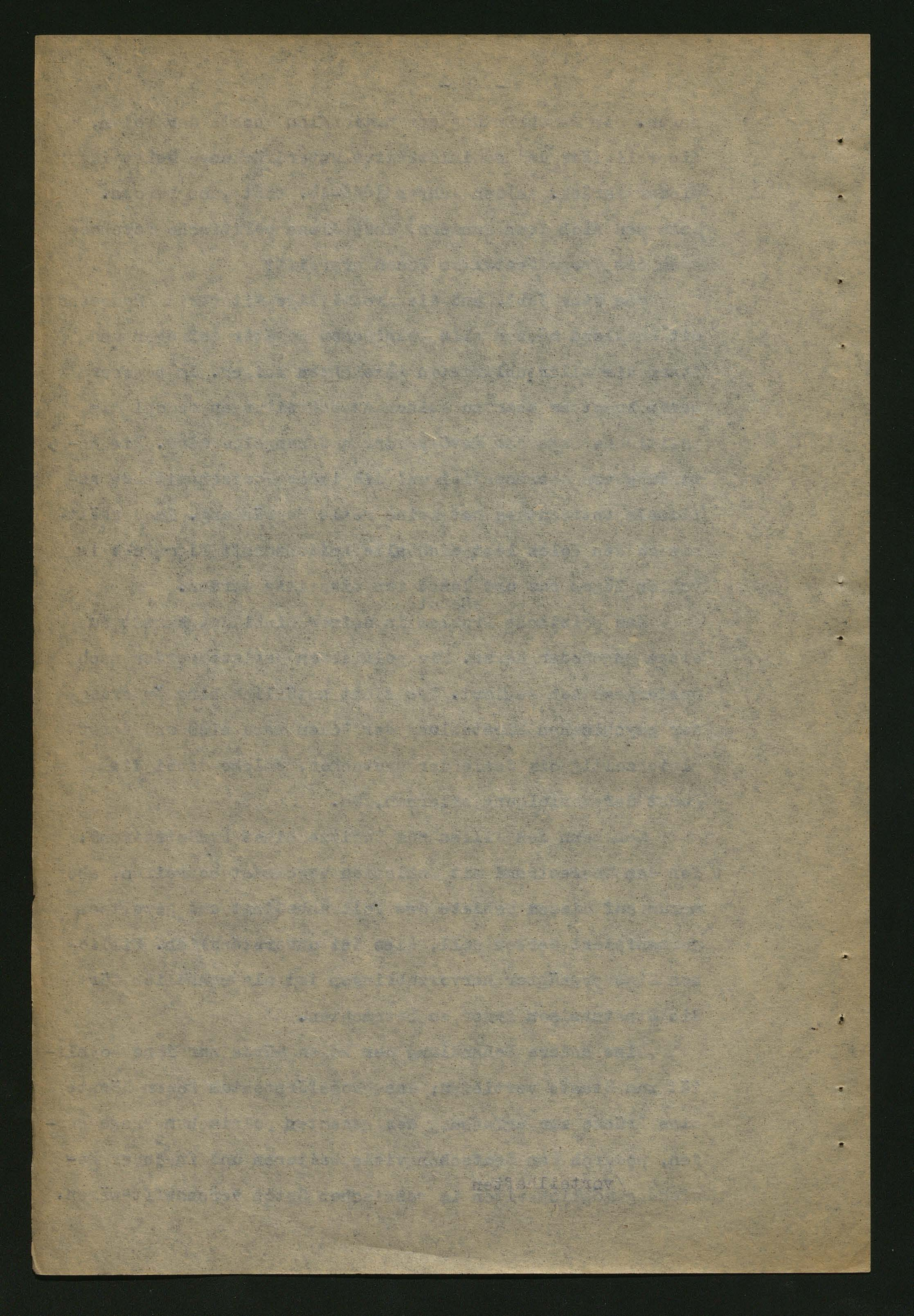
sagen. Die Beschränkung der nationalen Rechte der Polen, die religiöse und administrative Unterdrückung kehrt immer wieder zurück. In den Jahren 1846-48. tobt ganz Europa. Kann man sich denn wundern, dass diese politische Psychose auch das Grossfürstentum Posen ergreift?

Das Jahr 1863. und die freiwillige Mitarbeit Preussens mit Russland müssen alle polnischen Gemüter aufregen und ihnen die allerschlimmsten Aussichten zeigen. Im posener Lande kommt es aber zu keinen Ausschreitungen obwohl die politische Lage der Bevölkerung hoffnungslos wird. Die Anwendung von Repressalien und die immer fortschreitende nationale Entrechtung hat keine reale Begründung. Im Verhältnis zu den Polen lebt sich alle Leidenschaft Bismarcks in vollen Zügen aus und lasst ihn einseitig werden.

Das polnische Problem in seiner Einbildungskraft zu /wächst/ einem Ungeheuer heran. Die polnischen Gebiete werden nach Sondergesetzen regiert. Das zieht natürlich eine Änderung der psychischen Einstellung der Polen nach sich und formt gleichzeitig die Seele der Deutschen, welche dabei die Kunst der Verfolgung erlernen, um.

Man kann den Willen zum Besitze eines Landstreifens, der den Meerestrand mit Schlesien verbindet begreifen, aber warum auf diesem Gebiete das Volk unbedingt und gewaltsam germanisiert werden soll, dies ist unverständlich. Millionen Missvergnügter hervorzubringen ist als schädlich für die Staatsraison immer zu betrachten.

Eine andere Behandlung der Polen würde nur ihre Loyalität zum Staate vertiefen; das Grossfürstentum Posen könnte eine Brücke zur Erfassung der gesamten polnischen Frage werden, wodurch den Deutschen viele weiteren und in jeder Beziehung /vorteilhaften Möglichkeiten im russischen Osten verschafft wären.



Indem Bismarck die Polen verfolgte, hat er dadurch unbedachterweise die künftige Macht Russlands vorbereitet. Im Interesse Deutschlands lag dies in keinem Fall. Polen hat aber dem grossen Kanzler sonderbarerweise seinen klaren Blick verschleiert und ihn eigensinnig gemacht.

In wirklich genialer Weise schuf er das vereinigte grosse Deutschland, seine schöne Seele aber hat er ganz unnötig durch den Rassenhass vergiftet und bereitete dadurch seinem Staate eine künftige Gefahr im Osten.

IV.

Am 9.März 1888. stirbt Kaiser Wilhelm I. Nach zweimonatiger Regierung Friedrichs III. besteigt sein Sohn Wilhelm II. den Thron. In ganz Deutschland fangen neue Luftströmungen zu wehen an. Es dämmern auch neue Hoffnungen den Polen im posener Gau. Die Wahlen im Winter 1889/90. ergaben grosse Änderungen des deutschen Reichstags. Die Sozialisten und die Fortschrittler haben den Sieg davongetragen. Fürst Bismarck, der Schöpfer des Deutschen Kaiserreiches, erhielt ein fühlbares Misstrauensvotum. Trotz der schon drei Jahre währenden angestrengten Arbeit der Ansiedlungskommission, haben sogar die Polen drei neue Vertreter im Parlament. Es entstehen Reibungen zwischen dem jungen Kaiser und Bismarck. Am 17.März 1889. sieht sich Bismarck gezwungen seine Abdankung einzureichen, die der Kaiser am nächsten Tage annimmt. Als seinen Nachfolger hat er den General Caprivi berufen. Der neue Kanzler brachte den Polen gar keinen Hass, der seinen Vorgänger kennzeichnete, entgegen. Das Regime blieb in den polnischen Gebieten unverändert, seine vorherige Ausübung sowie die Symptome des offenen Hasses verlieren jedoch an Schärfe. Die Verwal-

tung des Grossfürstentums Posen wird immer milder. Die Polen erfreuen sich einer gewissen persönlichen Sympathie des Kaisers, einer vorurteilsfreien Einstellung Caprivis und näherer Beziehungen zum Hofe jener höheren polnischen Stände, die damals der bekannte polnische Magnat, Mitglied des Herrenhauses, Josef Kościelski und der hervorragendste polnische Prälat Florian Stablewski vertreten.

Gen. Caprivi tritt sowohl im Landtag als auch im Reichstag in Sachen der "Ostmark" mit grosser Zurückhaltung vor. Der preussische Kulturminister Gossler sucht seine Schulverordnungen durch den ausdrücklichen Willen des Kaiser Wilhelm I zu rechtfertigen, er kündigt aber an, dass von nun ab der Religionsunterricht für die polnischen Kinder in polnischer Sprache erteilt werden wird. Schliesslich bestätigt Minister Berlepsch die polnischen Genossenschaftsverbände. Im Jahre 1891 kommt die Mutter des Kaisers nach Posen um an der Jubileumsfeier ihres Leibhusarenregiments teilzunehmen. Sie wird nicht nur von den Deutschen aber auch von den Polen mit wirklicher Begeisterung empfangen.

Der Polnische Klub in Berlin hat gleich in den ersten Reden des Kanzlers Caprivi seinen guten Willen vernommen; er verlässt daher seine vorherige grundsätzlich widerwillige Stellungnahme und erklärt sogar den Willen zur - unter gewissen Bedingungen - der Regierung wohlwollenden Beteiligung an Staatsangelegenheiten. An der Spitze der Vergleichsaktion steht seitens der Polen der bereits erwähnte Josef Kościelski. Manche seiner allzu opportunen Auftritte rufen bei den Polen Bedenken hervor; im allgemeinen bemühen sich die Polen ihren guten Willen vermittels der Äusserungen des Grafen Josef Mielżyński im Herrenhaus, weiter durch die Rede des Abgeordneten Komierowski und in der Abstimmung über Regierungsanträge in

Heeresangelegenheiten, zum Ausdruck zu bringen, welches letztere sogar gegen die Stimmen des Zentrums und der Liberalen geschah. Ein weiterer Schritt hierfür war die Abstimmung der Polen über das Marinebudget, deren Entwicklung Kaiser Wilhelm II. so sehr am Herzen lag. Diese loyale Stellungnahme der Polen erwidert die Regierung durch zwei geringe Einräumungen. Zum Nachfolger des Erzbischofs Binder in Posen wird der Prälat Stablewski ernannt. Ausserdem wird den Polen der private Unterricht der polnischen Sprache in Volksschulen genehmigt. Die polnischen Abgeordneten bemühen sich weiterhin ihren guten Willen in der Abstimmung über die Regierunganträge zu bezeugen. Die Regierung stösst auf Schwierigkeiten in der Durchführung des Vorschlags der Militärdienstreform, die diesen Dienst auf zwei Jahre vermindert. Die deutsche Mehrheit im Reichstag lehnt diese Vorlage ab und das Parlament wird aufgelöst. In den neuen Wahlen erlitt die Opposition eine Verminderung, die Polen erhielten 19 Mandate. Der Polnische Klub stimmt wieder für die Regierung. Nun erlässt eben der preussische Minister Bosse eine Verordnung, die in den Volksschulen des Grossfürstentums Posen den unverbindlichen Unterricht der polnischen Sprache einführt und der nur "im Interesse der Religion" zur Erlernung des Schreibens und Lesens beschränkt werden soll. Dies war das letzte den Polen eingeräumte Zugeständnis

Eine Neigung zu weiteren Zugeständnissen war bald erschöpft. Den grössten Einfluss ~~xxxx~~ übte darauf der gegen die "neue Richtung" im Allgemeinen und insbesondere gegen die "polnische Politik" Caprivis, durch den erzürnten Bismarck eingeleitete Kampf. Das Auftreten des Exkanzlers in diesem Geiste, fand einen immer lauteren Widerhall bei den Massen der Deutschen, die die östlichen Reichsprovinzen be-

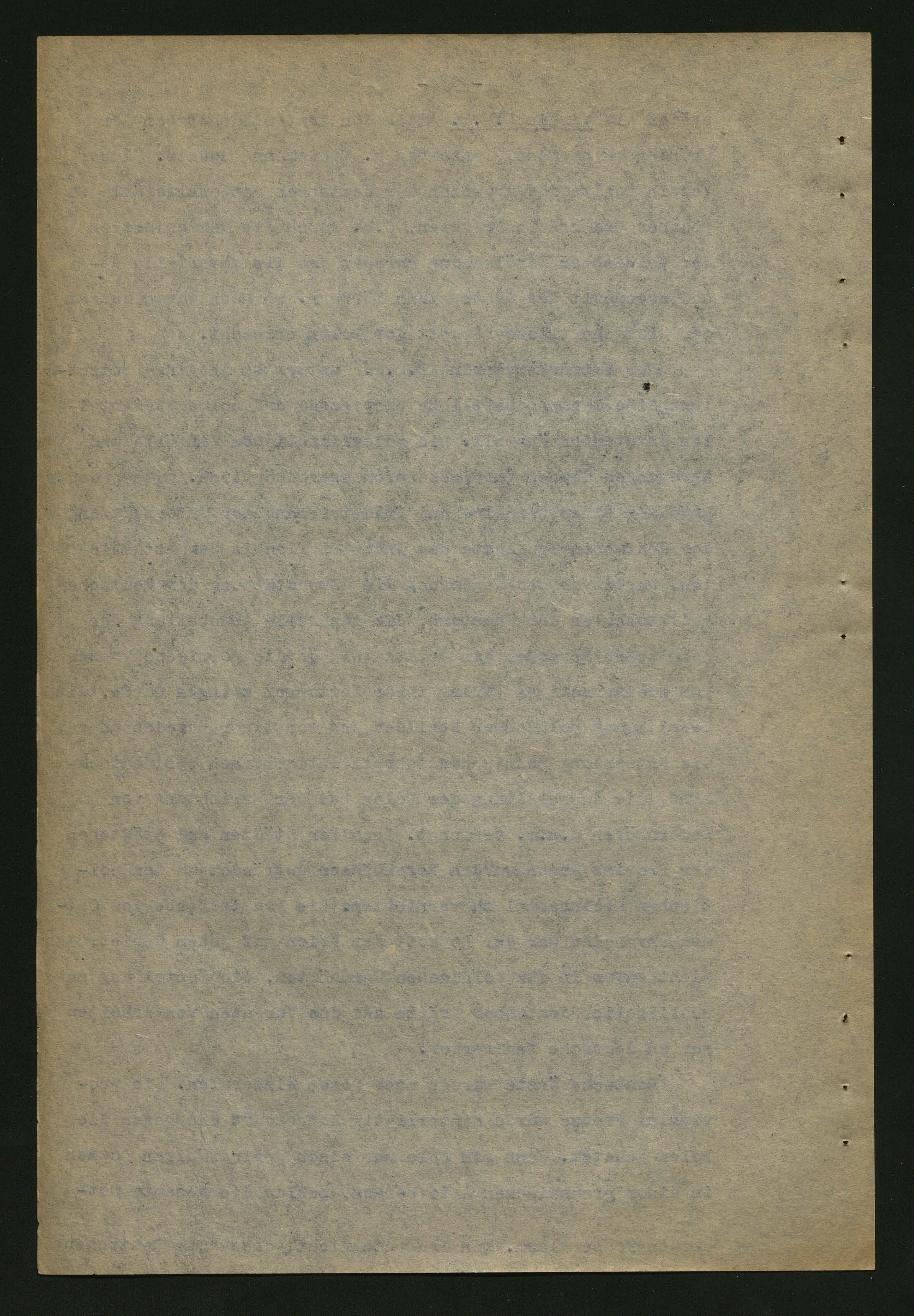
wohnten und hetzten sie gegen die Polen, mit welchen sie auf dem wirtschaftlichen Gebiete wetteifern mussten, auf. Der Zauber des Bismarckschen Namens und egoistisch-materielle Aussichten, liessen diese Menschen glauben, dass zum völligen Wohlergehen der Deutschen die Ausrottung der polnischen Bevölkerung unbedingt notwendig ist. Der deutsche Chauvinismus konnte den Polen sogar die geringen Minderungen, die ihnen die vorübergehende Milderung der Regierungsmethoden verschaffte, nicht verzeihen.

Die Deutschen wiesen auf die Tatsache hin, dass trotz der Tätigkeit der Ansiedlungskommission und trotz der Sondergesetze, die Anzahl der Polen nicht nur geringer wird, sondern aber im Gegenteil ihr Prozentsatz, im Verhältniss zur gesamten Bevölkerung immer anwächst. Der deutsche Kaufmann in Schlesien, in Westpreussen und hauptsächlich im posener Land, der deutsche Handwerker oder Gutsbesitzer, betrachten den Polen des selben Berufs mit Abneigung, ja, sogar mit Hass. Diese materiellen Rücksichten wurden unauffällig durch ein patriotisches Ideal verschleiert. Unter dem Schein eines nationalen Ringens führte man einen sehr scharfen sozialökonomischen Kampf. Die Jünger übertrafen den Meister. Eine grosse Anzahl deutscher Chauvinisten machte schon kein Hehl daraus, dass es sich nicht nur um die Vernichtung des polnischen Adels und der Geistlichkeit, aber um die Ausrottung aller, die polnisch sprechen, handelt. Nach Warcin, wo der Exkanzler seinen Sitz hatte, begaben sich Abordnungen mit Klagen über eine angebliche "Unterdrückung" seitens der Polen und baten um gründlichere polenfeindliche Massnahmen. Endlich im Jahre 1894., nach einem solchen Huldigungsbesuch der posener Deutschen in Warcin, kam der Gedanke der Gründung eines Vereins zur Unterstützung des Deutschtums auf, den man

später als Verein H.K.T. /nach den ersten Buchstaben der Gründer: Hansemann, Kennemann u. Tiedemann/ nannte. Dieser Verein sollte das Erwachen der deutschen Nationalgefühle im posener Gau und in Preussen, d.h. durch die Germanisation der polnischen Bevölkerung anregen und die materielle Geschlossenheit des Deutschtums fördern. Demnach wurde sofort der wirtschaftliche Boykott der Polen angesagt.

Der Ostmarkenverein /H.K.T./ unternahm in ganz Deutschland eine leidenschaftliche Propaganda und seine Zweigstellen entstanden überall. Die polenfeindlichen Einfälle und Anregungen dieses Vereines waren unerschöpflich. Ausser der Gründung einer Handels- und Industriebank zur Unterstützung der deutschen Kaufleute und Industriellen in den Ostgebieten, wurde von der Regierung die Unterstützung der deutschen Privatschulen und Theatern, die generelle Abschaffung der polnischen Sprache, ein Gesetz welches die polnische Presse zum zweisprachigen Verlag ihrer Zeitungen zwingen würde, die Beseitigung polnischer Schilder und sonstiger Bezeichnungen, die Entsendung polnischer Wehrpflichtigen nach Westdeutschland, die Ausschaltung der Polen bei der Errichtung von Bauernhöfen u.s.m. verlangt. In allen Städten und Städtchen der Provinz Posen wurden Warenhäuser gegründet um den polnischen Kleinhandel zu vernichten. Die Hauptaufgabe des Ostmarkenvereins war der Boykott der Polen auf jedem Gebiet, das Nichtkaufen in den polnischen Geschäften, die Bestellung ausschliesslich deutscher Kräfte und das Vergeben von Arbeiten nur an deutsche Handwerker.

Deutsche Ärzte wurden nach Posen einberufen. Die provinzial Presse wurde hinterlistig aufgekauft und gegen die Polen gehetzt. Wenn ein Pole nur einen geringfügigen Posten in einem preussischen Amte besass, schlug die gesamte Ostmarkenpresse Alarm. Man leugnete nicht, dass "die Deutschen



eine geschichtliche Augfabe der Ausrottung und Germanisation der Polen" haben, wie das wörtlich der Abgeordente Sattler verlautbart hat. Man wies darauf hin, dass die Polen nicht nur an der Warthe und Weichsel, sondern auch am Rhein und an der Ruhr gefährlich sind, wohin sich der boykottierte Arbeiter begab um wenigstens dort sein Brot zu verdienen. Die Militärorchester wurden angezeigt, polnische Melodien gespielt zu haben, verächtliche Spitznamen wie "Polnische Bande", "Polnischer Hund" bekamen die Polen tagtäglich zu hören. Die Polen wurden beim Militärdienst, in der Presse, im Amt, in der Schule und im gesamten Sozialleben geplagt. Der chauvinistische Wahn bemächtigte sich immer breiterer deutscher Kreise und gelangte bis zu den Universitätskathedern, von denen immer öfter die Parole der "Ausrottung" der Polen zugerufen wurde. Prof. Hasse in Leipzig gibt den Rat, für die Enteignung der Polen mehrere Milliarden zu bestimmen, während im Jahre 1894. der ganze Preussische Haushalt sich kaum auf zwei Milliarden belief. Die Regierung ging wieder immer öfter dieser Propaganda an die Hand. Der Nachfolger Caprivis im Kanzleramte, Fürst Hohenlohe, hat im Preussischen Landtag beantragt den Fonds der Ansiedlungskommission um weitere 100 Millionen zu erhöhen.

Diese Bekräftigung der polenfeindlichen Aktion schafft für die Polen in der Provinz Posen eine unerträgliche Lage und ruft in Kongresspolen und Galizien eine grosse Empörung hervor. Das tatsächliche Ergebnis des hakatistischen Kreuzzuges ist verhältnismässig gering, denn die Polen stellen ihm ihre Sparsamkeit und Vorsorge, ihre Arbeit und neue Kreditorganisationen zur Rettung ihres Besitzstandes entgegen. Dieser neue nationalistische Angriff übt aber einen entschiedenen Einfluss auf die polnische Psychik. Alle Polen

wiesen nun, dass ihnen seitens ~~xxx~~ Preussen die Vernichtung droht.

Nach dem Fürsten Hohenlohe folgt Fürst Bülow als Reichskanzler. Die polenfeindliche Richtung bleibt unverändert. Die politischen Verhältnisse im Grossfürstentum Posen, in Westpreussen und in Oberschlesien sind weiterhin sehr schwierig. Die Presseprozesse gegen die polnischen Redakteure nehmen kein Ende. Jede kühnere Rede in einer Volksversammlung wird als "Hochverrat" bewertet. Die Polen leben unter einer ständigen und allgemeinen Polizeiaufsicht, wenn sie auch dazu keinen Anlass geben. Von jeglicher Verschwörung ist keine Rede. In der Gesamtheit der Polen in Preussen herrscht aber eine grenzenlose Niedergeschlagenheit. Die Menschen sind erbittert und erwarten irgendeine Änderung. Zu einer Änderung, wenigstens für die von den Deutschen abhängigen Polen kommt es aber nicht. In Kongresspolen dagegen werden die Verhältnisse etwas besser.

Alexander III. scheidet aus dem Leben. Den Thron besteigt sein Sohn Nikolaus II., ein nicht allzu kluger, schwacher, aber liebenswürdiger Mann. Wenigstens in einer Richtung befreit er sich von dem Einfluss der reaktionären Clique, die seinen Vater umgab. Es veringern sich die Einflüsse Pobiedonoscews des Oberprokurators "der Allerheiligsten Synode". Dies erlaubt dem Kaiser Nikolaus den sogen. "Toleranzerlass" ergehen zu lassen. Auf den polnischen Gebieten des russischen Kaiserreichs hört die religiöse Unterdrückung beinahe auf. Von nun an kann jeder seine Religion nach Belieben bekennen. Einen russisch-orthodoxen Religionszwang für Kinder aus gemischten Ehen gibt es nicht mehr. Man kann sogar vom russisch-orthodoxen zum katholischen Glauben übergehen, was früher eine Verbannung nach Sibirien nach

sich zog. Hunderttausende Uniten /griechisch-katholische/ die seinerzeit zwangsweise zur orthodoxen Kirche gezählt worden sind, haben sich diesen Erlass zunutze gemacht. Den katholischen Bischöfen wurde wieder das Recht zuerkannt mit Rom verkehren zu dürfen.

Nikolaus II. hält im Jahre 1898. einen festlichen Einzug in Warschau ab und wird durch hervorragende Vertreter der polnischen Volksgemeinschaft äusserst herzlich empfangen, was auf ihn einen Eindruck macht. Beim Empfang im Łazienkischloss erklärt er, dass er "an die Aufrichtigkeit der Gefühle der Polen glaubt". Er trägt eine Ulanenuniform und behandelt alle sehr liebenswürdig. Schon vor seiner Ankunft hat er erlaubt dem Dichter Mickiewicz ein Denkmal in Warschau zu errichten. Die Summe von einer Million Rubel, die ihm die polnische Volksgemeinschaft für wohltätige Zwecke spendete, bestimmt er jetzt für den Bau der Technischen Hochschule in Warschau, deren Gründung schon seit Jahren verlangt würde. All dieses deutet auf eine ganz neue Stellungnahme zu Polen. Man spürt, dass die finstere Epoche Alexander III. endlich beendet ist.

Der düstere Russifikator Hurko wird vom Amte des Generalgouverneurs in Warschau abberufen. Der allergrösste Verfolger der polnischen Volksaufklärung - Apuchtin - verlässt endlich Warschau ebenfalls. Es kommt ein neuer Statthalter, Graf Szuwałow, ein kultureller und relativ kompromissfähiger Mann. Die Polen haben gegen ihn den einen Vorwurf, dass er Botschafter in Berlin war und dass man dort bei seinem Abschied, die gemeinsame Verfolgung des Polentums mit ihm vereinbart hat. Und in Wirklichkeit - trotz seiner glatten Formen - geht er den Antagonisten der Polen an die Hand. Nach ihm waltet auf dem Warschauer

Schloss Fürst Imeretyński, welcher Polen gegenüber eine taktvolle Haltung einnimmt. Die frühere brutale Unterdrückung macht einer geschickten Politik Platz. Die Zustände verändern sich noch mehr unter dem Einfluss des im Jahre 1904. ausgebrochenen russisch-japanischen Krieges. Russland verliert diesen Krieg. Ein politisch-soziales Gewitter lud sich im ganzen Reiche aus. Russland hat endlich sein Jahr 1848.! Der neue Ministerpräsident Fürst Swiatopełk-Mirski spricht vom "Vertrauen der Regierung zum Volke". Die Einberufung einer Beiratskammer wird beabsichtigt, diese Massnahmen aber genügen nicht mehr. Die Gärung steigert sich, Attentate an staatliche Würdenträger hören nicht auf. Im November 1905. sieht sich endlich Nikolaus II. gezwungen die Verfassung zu verkündigen und setzt die sogen. Staatsduma ein, welche schon ein wirkliches Parlament ist.

Infolge dieser Verhältnisse ändert sich natürlich auch die Lage in Kongresspolen. Im Herbst 1905. wird in Warschau ein riesenhafter nationaler Umzug veranstaltet; viele Tausende von Menschen singen nationale Lieder. Auf unzähligen Fahnen strahlen die Weissen Adler. Ähnliche Umzüge finden auch in der Provinz statt. Die Aufhebung der Preventivzensur belebt grossartig die Presse. Die politischen Gedanken der Polen finden einen verschiedenartigen Ausdruck. Aus Russland sickern sozialistische Einflüsse, die dort vorwiegen, durch. In Polen kommt jedoch die national-demokratische Richtung zum Wort. An der Spitze dieser Partei steht der im Lande allgemein bekannte Politiker Roman Dmowski. Er stellt sich dem Radikalismus entgegen, bemüht sich um die lokale Selbsverwaltung und um polnische Schulen, vor allem aber vertritt er antipreussische Anschauungen. Nur von Deutschland und nicht von Russland her droht dem pol-

nischen Staate die Vernichtung - so denkt Dmowski - mit Russland wird man eher oder später eine Verständigung erreichen können. Die russische Regierung hat tatsächlich die Eröffnung polnischer Privatschulen und sogar Gymnasien genehmigt. Die staatlichen Schulen besucht nun niemand. In Kiew und Wilno werden polnische Zeitungen und Vereine gegründet. In den sogenannten westlichen Gebieten, d.h. in den Gebieten der ersten Teilung Polens - können die Polen Grundstücke käuflich erwerben. Es folgt eine weitragende Entspannung. Der neue Innenminister Stołypin versucht zwar mit neuen Repressalien vorzugehen, die hauptsächlich einen antisozialistischen nicht aber einen antinationalen Charakter tragen. In Kongresspolen, Litauen und der Ukraina wird wieder ein Ausnahmezustand eingeführt, aber die frühere Verfolgung der Polen kehrt nicht wieder zurück.

Diese politische Änderung in Russisch-Polen ruft in Berlin eine merkliche Beunruhigung hervor. Es mag hinzugefügt werden, dass die deutsche Regierung seit 1902. mit dem Dreibund - der sogen. Entente-Cordiale: Frankreich, Russland und England rechnen muss.

Europa teilt sich in zwei Lager. Die Seele des Dreibundes ist tatsächlich Eduard VII. Er möchte die wachsende deutsche Seemacht austilgen. Seit der Annexion der bisher durch Oesterreich bloss besetzten Länder Bosnien und Herzogowina beginnt ein russisch-oesterreichischer Konflikt, welcher schliesslich infolge des Mordanschlages in Sarajewo und seiner Folgen zum Kriege führte. Am 30.Juli 1914. wirft der Botschafter Graf Pourtales Russland den Handschuh hin. Einige Tage später tut der Botschafter Thurn de Vallsassina dasselbe. Oesterreich, Deutschland, Frankreich, Russland und natürlich auch Serbien treten in die Schranken. Grey kündigt

den Beitritt Englands zur Seite Russlands und Frankreichs an. Das Epos beginnt. Im Zusammenhang damit leben wieder alle nicht definitiv erledigten und ungelösten Probleme der europäischen Politik auf, desgleichen also auch die polnische Frage.

Der Oberste Befehlshaber der russischen Armee Grossfürst Nikolaus Nikołajewicz erlässt sein bekanntes Manifest an die Polen, das ihnen "die Erfüllung der Träume ihrer Väter und Ahnen verspricht". Die Petersburger Regierung entzieht sich jedoch einer redlichen Verwirklichung dieses Versprechens. Es wächst die Anzahl jener Polen, die überzeugt sind, dass ihr Vaterland eine tatsächliche Unabhängigkeit von Russland niemals erlangen wird. Nun beginnen viele Polen ihren Blick den Zentralmächten zuzuwenden. Aus diesem Anlass vollzieht sich unter den Polen ein tiefer Zwiespalt. Die Allgemeinheit will nicht glauben, dass Polen von Deutschland etwas positives erhoffen kann, und Deutschland ist im Kriege der beherrschende Faktor. Weiter blickende polnische Politiker, welche die ganze Unredlichkeit Russlands kennen, erklären sich jedoch ausdrücklich als Anhänger der Zentrallmächte. Wenn auf den polnischen Gebieten, die zu Preussen gehörten, die 100-jährige Enteignungspolitik und die nationale Unterdrückung nicht gewesen wäre, hätte Josef Piłsudski und seine Anhänger eine leichte Aufgabe. So wie die Sachen stehen, beschuldet sie die kritiklose Volksmenge um die Absicht Polen an Deutschland zu verschachern. Trotzdem kämpfen die /wenn auch nicht sehr zahlreichen/ polnischen Legionen heldenhaft gegen Russland Arm in Arm mit den oesterreichischen und deutschen Soldaten. Jeder versteht, dass die polnische Frage wieder tagfällig ist oder sein wird. Die Russen können für dieses Problem nichts mehr tun, da sie doch die Heerscharen der Zentrall-

mächte weit nach Osten verdrängen.

Im August 1915. ziehen die Deutschen in Warschau ein. Die Zeit des unvermeidlichen Entschlusses rückt heran, in Berlin aber fehlt immer noch der Mut dazu. Es streiten dort bereits zwei Fronten: die polenfreundliche und polenfeindliche Front. Die erste vertritt der Reichskanzler Bethmann-Hollweg, die andere der Generalquartiermeister Ludendorff. Kaiser Wilhelm II. denkt nach und verständigt sich mit der Burg in Wien. Schliesslich erreichen die Vorstellungen des Kanzlers ihren Erfolg.Die Abfassung: Polen als ein künftiger Pufferstaat, lebt wieder auf. Der alte politische Kehrreim wiederholt sich.

Deutschland und Europa müssen zwischen sich und dem unberechenbaren, zu unheimlichen Überraschungen fähigen moskowitischen Osten Schranken setzen. Wie wäre das jetzt einfach, wenn die langjährigen polenfeindlichen Massnahmen Bismarcks, die sich mit seiner sonstigen wirklichen Grösse in Einklang /nicht bringen lassen, nicht da gewesen wären. Noch jetzt sind in Deutschland viele Anhänger der Ostmarkenpolitik vorhanden. Wilhelm II. ist jedoch voller Initiative; ausserdem - trotz seiner bekannten Marienburger Rede, xxx in welcher er die Polen aus unbekannten Gründen mit Drohungen überhäufte, hegt er gegen dieselben keine Abneigung. Dieses Volk - sei es nur in seinen höheren Schichten - scharfblickend, begabt und ritterlich, ist ihm im Allgemeinen eher lieb. Er hofft auch, dass er aus diesem Volke ein Bollwerk gegen das wilde Russland schaffen wird.

Im November 1916. verkündet das Manifest der beiden Kaiser die Entstehung eines unabhängigen Königreiches Polen. Seine Westgrenze deckt sich mit der bisherigen Ostgrenze Deutschlands. Beide Teile Galiziens sollen in den Be-

reich dieses Staatsgebildes eingeschaltet werden. Seine Ostgrenze wird nicht bezeichnet. Man darf meinen, dass der polnische Soldat diese Grenze zukünftig selbst abstecken soll. Die Polen rechnen jedoch auf Litauen und Weissrussland, welche Länder mit Polen bis zu seiner Teilung verbunden waren.

General Graf Pfeil, als er vor einem Jahre in Wilna an der Spitze deutscher Truppen einrückte, erlies einen Aufruf, in welchem er Wilna "die kostbarste Perle in der Krone Polens" nennt. Diese Worte wurden im Gedächtnis behalten. Die Gedanken der Polen jagen nun den Weg der Jagellonen entlang. Piłsudski hat dieselbe Einstellung.

Es entstehen: der Polnische Regentschaftsrat, die Polnische Regierung und der Vorläufige Staatsrat. Die polnische Regierung hat in Berlin ihren Vertreter, der bemüht ist für Polen und dessen Staatsrang die führenden deutschen Politiker zu gewinnen. Alles scheint auf dem besten Wege zu sein.

Der Generalgouverneur in Warschau Generaloberst Besseler geniesst eine allgemeine Achtung. Er ist zurückhaltend, vernünftig und den Polen wohlgeneigt. In Berlin gewinnen jedoch wieder die polenfeindlichen Ideen die Oberhand. Ludendorff stellt gegen den polnischen Staat immer neue Vorbehalte. Die polnische Regierung in Warschau wird zu einer Fiktion. Ohne abzuwarten bis sich die neuen Stimmungen der Polen fest gelegt haben, bis sie gelernt haben den deutschen Absichten Vertrauen zu schenken, ohne gehörige politische und Propaganda Vorbereitung, wurde die Einberufung zum Militärdienst angestrebt, wobei nicht geleugnet worden ist, dass der polnische Soldat auch an der Westfront eingesetzt werden kann. Diese Massnahme konnte die überwältigende Mehrheit der Polen, die immer noch, - wenn auch ungerechtfertigt,-

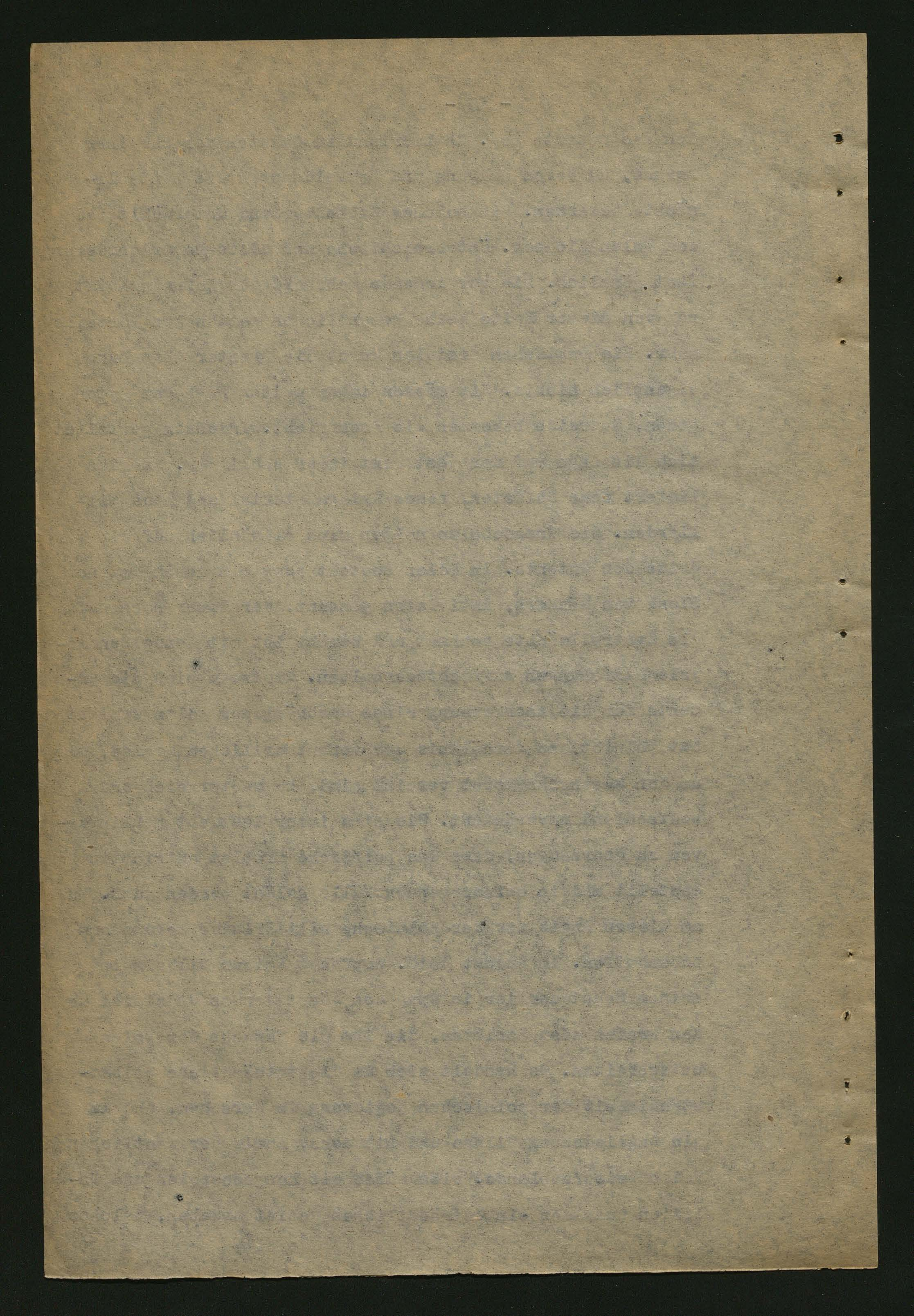
im Zauber der französischen Freundschaft lebten, für Deutsch-

land nicht bewegen. Um diese Suggestion abzulegen war viel Zeit und Takt erforderlich. Anstatt dessen wird die Vereidigung der Legionen und der sich formenden polnischen Wehrmachtabteilungen verlangt und dies im Sinne eines unbedingten Gehorsams für die deutsche Oberste Heeresleitung.

Die Polen erblicken darin klar die Absicht die polnischen Streitkräfte gegen die Entente und nicht nur gegen Russland zu verwenden. Die Legionen und die durch Deutschland geschaffene Polnische Wehrmacht werden dadurch unpopulär. Piłsudski, der in die Zukunft blickt, ruft seine Soldaten auf, die bisher bestehenden Verbände aufzulösen. Es wird wieder ein Fehler begangen. Josef Piłsudski und sein Stabschef Sosnkowski werden in die Festung Magdeburg geschafft. Ihre Festnahme und Überführung fand gänzlich unerwartet statt. Dies regt neue deutschfeindliche Stimmungen in Polen an und ruft bei den Legionen Empörung und Absage des Eides hervor. Der grösste Teil der Legionäre kommt in kurzer Zeit in deutsche Konzentrationslager. Die machtlose "Regierung Polens" und der formell gewürdigte "Regentschaftsrat" bleiben bestehen. Sie verlieren jedoch bei dem Volke den Rest ihres Ansehens.

Den heftigsten Schlag erlitt die sich gestaltende Mitarbeit der Polen mit den Zentrallmächten durch den sogen. "Frieden in Brest Litowsk", wo der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Kühlmann sowie General Hoffmann das Deutsche Kaiserreich und der Aussenminister Graf Czernin Oesterreich vertreten. Es ist offenbar der Friedensschluss mit den Bolschewiken, an deren Spitze Trotzki steht. Die Verhandlungen setzen die endgültige Grenze im Osten nicht fest, sie streichen dagegen von den polnischen Hoffnungen und Erwartungen nicht nur alle Gebiete ostwärts des Niemen und Bug, aber, was noch schlimmer ist, schneiden sie aus Kongresspo-

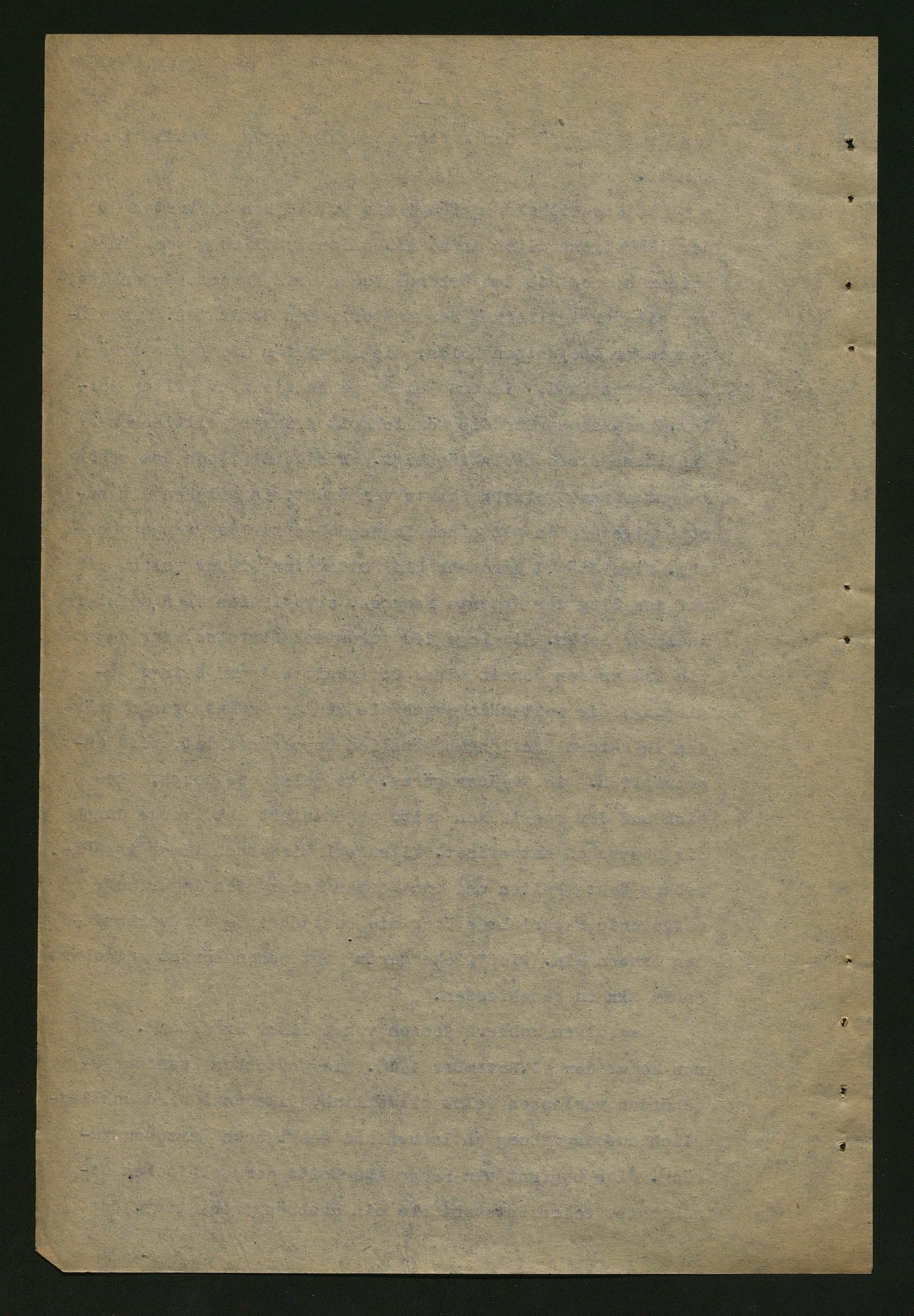
len das gesamte sog. Chelmerland zu Gunsten der Ukrainer heraus, um deren Neigung und Getreide sich die Zentrallmächte bewerben. Ein solcher Sachenbestand unterwühlt bei den Polen die sog. österreichische und deutsche Orientierung fast gänzlich. Die vorwiegende Mehrheit der Polen erhofft nun von dieser Seite keine wesentlichen nationalen Vorteile mehr. Die Deutschen erzielen durch die Brester Abmachung eigentlich nichts. Sie müssen immer weiter nach dem Osten gehen, Getreide bekommen sie aber nicht. Indessen gestaltet sich die Lage auf der Westfront immer schlimmer. Amerika liefert neue Soldaten, neues Kriegsmaterial und neue Milliarden. Die Waagschalen neigen sich allmählich auf die Seite der Entente. In Polen besteht aber ein geschlossener Block von Männern, Aktivisten genannt, der immer noch auf die Zentrallmächte rechnet und bemüht ist mit denselben loyale Beziehungen aufrechtzuerhalten. Trotzdem sich die Entente für die Anerkennung eines unabhängigen Polen erklärt hat, bleibt das Verhältnis der verantwortlichen Kreise, die um den Regenschaftsrat vereint sind, zu Oesterreich und Deutschland unverändert. Sie sind immer bestrebt Berlin davon zu überzeugen, dass das polnische Problem aufrichtig gestellt und in seiner ganzen Fülle gelöst werden muss. Nur um diesen Preis war der polnische militärische Schutzdamm zu schaffen. Im August 1918. empfängt Kaiser Wilhelm in seinem Hauptquartier in Spaa den Fürst Janusz Radziwiłł und den Grafen Adam Ronikier, die ihm die Wünsche der Polen unterbreiten. Es handelt sich um die tatsächliche Selbstständigkeit der polnischen Regierung in Warschau, und um die Angliederung Wilnas und Litauens, sowie der westlichen Teile Weissrusslands. Dies würde mit Kongresspolen und Galizien zusammen ein beträchtliches Gebiet ergeben, welches



als Grundlage für den Aufbau des polnischen Staates dienen könnte.

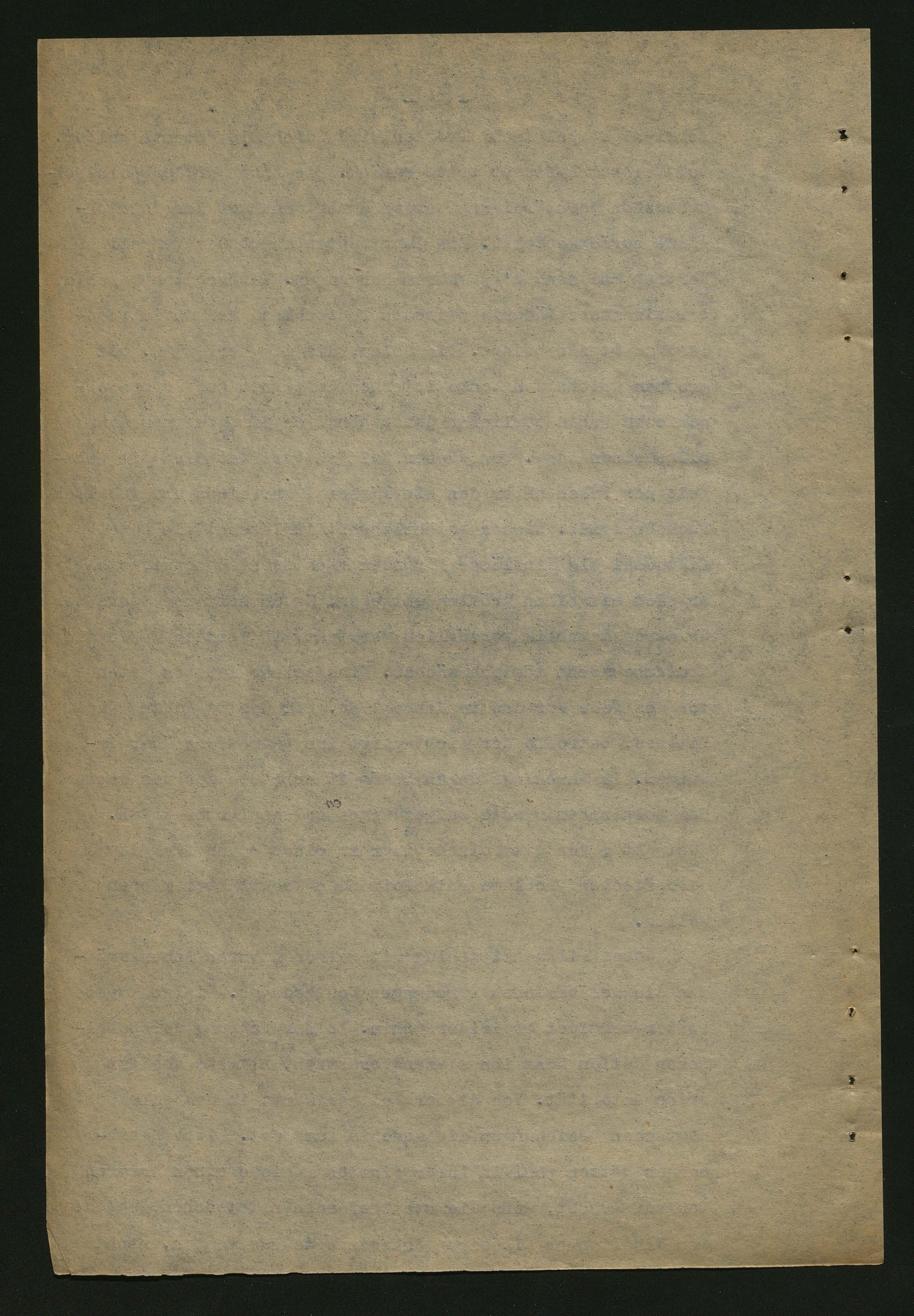
Kaiser Wilhelm empfängt die polnischen Vertreter mit der ihm eigenartigen Anmut und offensichtlich gutem Willen. Leider hemmen die dem General Ludendorff nahestehenden Kreise, die Verwirklichung der kaiserlichen Absichten. Nun wissen sogar diejenigen Polen, die loyal für die Zentralmächte orientiert sind, wiederum nicht woran sie sich halten sollen. Dadurch werden die Möglichkeiten ihrer politischen Einflüsse stark beeinträchtigt. Präsident Wilson hat schon längst seine Dreizehn Punkte verkündet, in welchen ein unabhängiges Polen mit einem Zugangswege zur See vorgesehen war. Dies stärkt umsomehr die Hoffnungen dieser Polen, die auf den Sieg der Entente rechnen, obwohl dieselben meist im Auslande leben. Die Lage des Regentschaftsrates, der jetzt wie früher den Schein einer Obrigkeit hat und seiner Regierung, die weiterhin durch die deutschen Besatzungsbehörden in seinen Handlungen gänzlich beschränkt ist, wird unerträglich. Die Gemüter gären. Das polnische Korps, dass sich auf der russischen Seite organisiert hat, wurde durch die Deutschen entwaffnet. Piłsudski wird noch immer in Magdeburg festgehalten und vom Westen her laufen immer mehr aufregende Nachrichten über die Fortschritte der verbündeten Armeen ein. Die "Dicke Berta" hat schon längst aufgehört Paris xxx zu beschiessen.

Es folgen mehrere Wochen von stiller Erwartung. Und nun kommt der 11.November 1918. Die Deutschen Besatzungs-Behörden verlassen Polen allmählich, Piłsudski wird schliesslich aus Magdebung entlassen und kehrt nach Warschau zurück. Hier beginnt ein neuer Abschnitt der polnischen Geschichte, Polen entsteht als ein unabhängiger Staat. Das



schwierige polnische Problem wird durch die Entente gelöst. Der Regentschaftsrat tritt zurück. Die Anhänger der polnisch-deutschen Verständigung werden durch den Lauf der Geschehnisse zurückgestellt. Ein Jahr später kommt der Versailler Vertrag und nach 2¹/₂ Jahren der sogen. Vertrag von Rapallo, der ein neues Bündnis zwischen Deutschland und Sovietrussland zu Stande bringt. Die Polen, die im Jahre 1920. mit grossen Opfern den Moskovitischen Vormarsch auf Europa abgewiesen haben verlieren jetzt gänzlich die Kenntnis der allgemeinen Lage. Von dieser Zeit an befindet sich die Mehrheit der Polen unter den Einflüssen Frankreichs und folglich auch Englands. Diesen gefährlichen Einflüssen, die Josef Piłsudski als Einflüsse "fremder Agenturen" benennt, stellt er sich mit allen Kräften entgegen, da er seit dem Sturz der Weimarer Republik vorzüglich versteht, in welchem Masse die deutsche Macht täglich wächst. Eine seiner letzten Taten vor dem Tode war das im Jahre 1934. mit der Regierung Adolf Hitlers, betreffs der Nichtaggression getroffene Übereinkommen. Im Anschluss daran bekämpft er stets den von Paris dem polnischen Staate aufgezwungenen und geplanten sogen. "Ostpakt", der die Bolscheviken zu einem sogar für die europäischen Probleme entscheidenden Machtfaktor machen wollte.

Josef Piłsudski schlug mit seinen letzten Lebenskräften die gefährlichen Zuredungen Barthous ab. Einige Monate später scheidet er leider dahin. In der Führung der polnischen Nation kann ihn niemand ersetzen, niemand besitzt seine Autorität. Von dieser Zeit an kommt in den polnisch-deutschen Beziehungen die Nemesis zum Wort. Diese Beziehungen hätten wohl in ihrer finalen Periode einen anderen Verlauf gehabt, wenn die stattgefundenen Tatsachen, welche den Inhalt mehr als eines Jahrhunderts ausmachten, nicht



vorausgegangen wären. Die Bismarcksche Zeit, die eine neue deutsche Psychik schuf, entschied auch für lange Jahre über die Einstellung der Polen. Beide Partner, beide Völker, die einer weiten Grenze entlang benachbart sind, konnten den chronischen politischen Streit nicht beilegen. Während des Weltkrieges hatten die Deutschen wiederum die Möglichkeit das Vertrauen der Polen zu gewinnen, was sie leider nicht erzielt haben. Die Polen konnten ihrerseits niemals ihrer Befürchtung los werden, dass die Deutschen als solche die Bekenner der polenfeindlichen Bestrebungen Bismarcks sind und es für immerdar bleiben werden. Also waren die beiden Völker, die auf ein ewiges nachbarliches Leben angewiesen sind, nicht fähig, dieses Leben in eine friedliche und schöpferische Mitarbeit umzuformen. Und sie richteten ihre gemeinsame Front nicht gegen den Osten hin, obwohl dies für beide Teile höchst vorteilhaft gewesen wäre. Sie konnten sich in ihrer weiteren geschichtlichen Entwicklung, fast auf allen Gebieten, gegenseitig ergänzen. Statt dessen haben sie sich der Überlieferung der Zwietracht und des Kampfes preisgegeben. Weh uns, dass wir die Enkel sind!

